

JAHRES BERICHT 2014



IMPRESSUM

Herausgeber und Medieninhaber: Österreichische Universitätenkonferenz

Generalsekretariat, Floragasse 7/7, 1040 Wien

Tel.: +43 1 310 56 56-0, Fax: +43 1 310 56 56-22, E-Mail: office@uniko.ac.at

Homepage: www.uniko.ac.at

Redaktion: Manfred Kadi, Generalsekretariat

Gestaltung: www.goldmaedchen.at

Fotonachweise: Scheinast; SommerArt; BMWFW; Johannes Gellner;

Universität Mozarteum/Wildbild; Helmut Lunghammer; Hans Hofer/BMASK; Boku;

Robert Pichler; Philipp Naderer; Petra Spiola/BMWFW; Thorsten Mischke; osaka;

Franz Pflügl; APA/Thomas Preiss; Lisi Niesner; WKO/Leithner; Universität Innsbruck;

MedUni Wien; uniko-Archiv

Druck: glanzlicht print producing

- | | |
|--|---|
| <p>2 Ein ambivalentes Ergebnis als Ausbeute für drei Jahre
Heinrich Schmidinger</p> <p>3 Follow us: uniko-Angebote mit Lectures, Tagungen, Blog
Elisabeth Fiorioli</p> <p>4 Ein klares Bekenntnis zum Stellenwert der Wissenschaft
Reinhold Mitterlehner</p> <p>5 Open Science als Tor zum globalen Wissenstransfer
Wolfgang Burtscher</p> <p>6 Uni-Budget: Schmelzende Beträge, auf Eis gelegte Finanzierung
JAHRESRÜCKBLICK</p> <p>8 REKTORATSCHRONIK</p> <p>9 Zur nachhaltigen Wirksamkeit von politischen Fehlern
Christoph Badelt</p> <p>10 „Wäre gut, wenn ein Gesicht für das Wissenschaftsressort steht“
INTERVIEW Franz Fischler</p> <p>12 Persönlichkeitsbildung als Auftrag an die Universitäten
Elisabeth Freismuth</p> <p>13 Ein größerer Spielraum zum Preis von mehr Bürokratie
Siegfried Mauser</p> <p>14 Fokus Senat
INTERVIEWS Gabriele Kucsko-Stadlmayer, Ruth Mateus-Berr</p> <p>16 „Die Universitäten werden zu Diplomfabriken“
INTERVIEW Robert A. Shaw</p> <p>18 Von Plinius dem Älteren zur Third Mission
Wolfgang Nedobity</p> | <p>19 Forumsnotizen: BUDGET</p> <p>20 International Lectures als Kontakt- und Wissensbörse
Nadine Shovakar</p> <p>21 Forumsnotizen: INTERNATIONALES</p> <p>22 Service, App and Networking: Willkommenskultur findet statt
Andrea Bernhard</p> <p>23 Forumsnotizen: FORSCHUNG</p> <p>24 Bologna und die K(n)öpfe in den Kontaktstellen
Elisabeth Westphal</p> <p>25 Forumsnotizen: LEHRE</p> <p>26 Gezielte Personalauswahl eröffnet Karriere-Optionen
Doris Schöberl</p> <p>27 Blickkontakte 2014</p> <p>28 Die Kunst als Instrument der geistigen Offenheit
Gerald Bast</p> <p>29 Spitzenleistungen unter suboptimalen Bedingungen
Wolfgang Schütz</p> <p>30 Ein Blog mit Tiefenschärfe und ohne Scheuklappen
David Baldinger</p> <p>31 In der Zeitschleife: Budgetnöte und medialer Gefechtslärm
Manfred Kadi</p> <p>32 ORGANE DER UNIVERSITÄTENKONFERENZ</p> <p>35 GENERALSEKRETARIAT</p> |
|--|---|



EIN AMBIVALENTES ERGEBNIS ALS AUSBEUTE FÜR DREI JAHRE

Universitätsbudget zwischen Machtwort
und Zugeständnissen

Das Jahr 2014 stand unter zwei Herausforderungen: Zum einen musste die Zusammenführung von Wissenschafts- und Wirtschaftsministerium, die Ende 2013 verfügt worden war, gestemmt werden. Zum anderen war für die Leistungsvereinbarungsperiode 2016 bis 2018 das Budget durchzusetzen; beides keine leichte Aufgabe, stieß doch die Zusammenlegung der Ministerien zunächst auf breite Ablehnung und zeichnete sich doch schon vor 2014 eine ernste Situation des Bundeshaushalts ab. Trotzdem entwickelte sich die Lage der Universitäten konstruktiv.

2

Was das Junktim von Wissenschafts- und Wirtschaftsressort betrifft, muss man sogar eine vorteilhafte Entwicklung konstatieren. Dank der beiderseitigen Entschlossenheit, aus dem neuen Miteinander etwas Zukunftsweisendes zu machen und sich darin weder durch öffentliche Zurufe noch durch gegenseitige Missverständnisse beeinträchtigen zu lassen, ergab sich ein Zusammenzug, der aufs Ganze gesehen beiden Seiten nützte. Verstärkung erhielt dieser durch die Tatsache, dass mit der Aufrückung des zuständigen Bundesministers zum Vizekanzler das Thema „Universitäten“ zu einer Spitzenangelegenheit der Bundesregierung wurde.

Dies sollte sich auch auf die Festlegung des dreijährigen Budgetrahmens ab 2016 auswirken. Hier gestaltete sich alles wesentlich schwieriger, stellte sich doch erst 2014 das Gesamtausmaß der Verschuldung des

Staatshaushalts heraus. In der Folge mussten sich die Universitäten damit abfinden, fast zwei Drittel ihrer ursprünglichen Finanzforderung von 1,5 Milliarden Euro als nicht realisierbar zu akzeptieren. Dass es immerhin zu keinem Nullwachstum kam, sondern letztlich zu einer Zusage von zusätzlichen 615 Millionen Euro, ist einem Machtwort von Vizekanzler Reinhold Mitterlehner zu verdanken.

Wie sich erst Ende 2014 herausstellte, war dies freilich nur unter Zugeständnissen zu haben. Das Geld, das die Universitäten ausschließlich brauchen würden, um die prognostizierbaren Kostensteigerungen zu parieren und den Betrieb fortzusetzen, muss plötzlich auch für andere Zwecke erhalten und ist nur unter Erfüllung struktureller Vorgaben zu lukrieren. Das erschwert die Lage erneut. Daran ändert die Ansage, durch budgetäre Umschichtungen abfedern zu wollen, kaum etwas. Unterm Strich bleibt es vermutlich beim Gehabten – mit den bekannten Konsequenzen, die daraus für die Aufstellung der Universitäten resultieren.

Somit ändert sich auch wenig an der schon oft geäußerten Diagnose: Spitzenplätze in der Welt werden die österreichischen Universitäten erst erreichen, wenn sich eine breite politische Entschlossenheit dafür einstellt, diese wie die Gewinner der internationalen Rankings auszustatten. In einem der reichsten Länder der Welt ist dies weniger eine Frage des Könnens als des Willens.

FOLLOW US: uniko-ANGEBOTE MIT LECTURES, TAGUNGEN, BLOG

Eine Vielfalt des Wissenstransfers von und zu den
Universitäten



Stellt das Ringen um angemessene Finanzierung für die Universitäten alles andere in den Schatten oder können daneben noch andere Aspekte Gehör finden? Ein Blick auf das Jahr 2014 zeigt, dass die uniko eine ganze Reihe von Themen in die öffentliche Diskussion gebracht hat:

Im Juni präsentierten Präsidiumsmitglieder eine vom IHS im Auftrag der uniko durchgeführte Studie, welche erstmals den Wegen der sogenannten Dropouts nachgeht und die oft gehörte Aussage hinterfragt, dass der Anteil der Dropouts im österreichischen Universitätssystem im internationalen Vergleich besonders hoch sei. Das Ergebnis zeigt, dass hier einerseits eine Begriffsverwirrung herrscht, welche die Wahrnehmung verzerrt (Dropout ist nicht gleich Dropout), andererseits dringend eine Reihe von bildungspolitischen Maßnahmen zu setzen ist: Die Verbesserung der Vereinbarkeit von Studium und Berufstätigkeit leitet sich daraus ebenso ab wie die Notwendigkeit, das Modell der Zuweisung von Budgetmitteln so zu ergänzen, dass es auf den tatsächlichen Ressourcenverbrauch unseres liberalen Studiensystems abstellt.

Universitätspolitisch relevante Themen in den öffentlichen Diskurs einzubringen, war auch das Ziel einer Reihe von uniko-Veranstaltungen (siehe Seite 7). Bei der Tagung „Plagiat: Prävention – Erkennung – Konsequenzen“ gelang es sogar, gemeinsam mit allen Stakeholdern Empfehlungen zu erarbeiten, die unmittelbar in die Novelle des Universitätsgesetzes Eingang gefunden haben.

2014 wurde auch die Reihe „International Lectures“ (siehe Seite 20) gestartet, mit der die Entwicklung nachhaltiger Internationalisierungsstrategien diskutiert und gestärkt werden soll. Einen thematischen roten Faden über mehrere Semester und Universitätsstandorte zu spannen, ist eine Premiere, die mithilfe engagierter Universitätsmitarbeiter/innen und Kooperationspartner/innen wie OeAD und ÖH gelingen konnte.

Eine Premiere ist auch der „Ö1 Hörsaal“, die Open Innovation-Initiative der uniko, gemeinsam mit dem ORF-Hörfunksender Ö1 und dem Innovation Service Network (ISN), die eine neue Form des Wissenstransfers zwischen Zivilgesellschaft und Universitäten darstellt: ein Austausch von Ideen auf Augenhöhe, von dem Ideen-Geber/innen von außen wie auch die Universitäten profitieren können. Die Beteiligung am Ideen-Wettbewerb im Herbst 2014 zeigte eindrucksvoll das große Interesse der Zivilgesellschaft an dieser Form der Interaktion mit den Universitäten. Über die Umsetzung der Siegerideen wird noch zu berichten sein.

Last but not least ist die uniko nun auch in der Welt der Social Media präsent. Der Blog *schroedingerskatze.at* (siehe Seite 30) soll einem interessierten Kreis vor allem junger Menschen zeigen, wie die Universitäten und die wissenschaftliche und künstlerische Forschung in viele Lebensbereiche hineinwirken. Follow us!

3



EIN KLARES BEKENNTNIS ZUM STELLENWERT DER WISSENSCHAFT

Ressortstruktur führt zu partnerschaftlichem Dialog

2014 war ein dynamisches Jahr, das vor allem für die Wissenschafts- und Forschungscommunity weitreichende Entscheidungen gebracht hat. Die neue und für Österreich erstmalige Ressortstruktur des Bundesministeriums für Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft hat zu Beginn viel Empörung und Sorgen ausgelöst. Diese anfängliche Skepsis ist mittlerweile einem konstruktiven und partnerschaftlichen Dialog gewichen und hat bereits die ersten Synergieeffekte zwischen Wissenschaft und Wirtschaft hervorgebracht. Die Abdeckung der gesamten Innovationskette in einem Ressort ist eine Chance für den Wissenschafts- und Wirtschaftsstandort Österreich.

4

Auf der anderen Seite war die stimmgewaltige Unterstützung der Community eine wesentliche Hilfe bei den schwierigen Budgetverhandlungen. Dieser Einsatz hat maßgeblich dazu beigetragen, dass im Budgetrahmen trotz schwieriger budgetärer Umstände rund eine Milliarde Euro an frischen Mitteln für Wissenschaft und Forschung verankert werden konnte. Mit 615 Millionen erhalten die Universitäten den Großteil dieser Mittel. Dazu kommen noch 200 Millionen Euro für universitäre Infrastruktur aus Mitteln der Bundesimmobiliengesellschaft, die erst durch die neue Ressortstruktur ermöglicht wurden. Auch wenn wir mit diesen Mitteln keine großen Sprünge schaffen, haben wir doch ein klares Bekenntnis zum Stellenwert der Wissensgesellschaft abgelegt. Diese konstruktive und partnerschaftliche Stimmung zwischen dem Ministerium und der Community wollen wir auch bei den Verhand-

lungen zu den Leistungsvereinbarungen leben, die eine maßgebliche inhaltliche Ausrichtung der Universitäten für die kommenden Jahre sind. Seitens des Ressorts werden wir hier vor allem auf die weitere Profilbildung, Kooperation und Internationalisierung Wert legen. Mit mehr als 303.000 Studierenden tragen die Universitäten die Hauptleistung in der Bildung – nicht Berufsausbildung – junger Menschen.

Um für Lehrende, Forschende und Studierende die beste Qualität zu ermöglichen, braucht es neben entsprechender Infrastruktur auch Steuerungselemente, um die Studienströme besser zu lenken und die vorhandenen Ressourcen optimal zu nutzen. Daher wird die Frage des universitären Zuganges ein weiteres wichtiges Thema für das Jahr 2015 und ich würde mich freuen, wenn ich auch bei dieser Frage auf partnerschaftlichen Dialog und Unterstützung der Community zählen kann.

Neben diesen Projekten wird es Aufgabe von uns allen sein, die Bevölkerung noch stärker für Wissenschaft und Forschung zu begeistern. Unsere Chance für eine positive Zukunftsentwicklung liegt nicht im Bereich des Lohndumpings, sondern in Bildung und Innovation, und daher müssen wir die Wissensgesellschaft gemeinsam forcieren. Dafür wünsche ich uns allen viel Erfolg und bedanke mich für die wertschätzende Zusammenarbeit im vergangenen Jahr.



OPEN SCIENCE ALS TOR ZUM GLOBALEN WISSENSTRANSFER

Ein Paradigmenwechsel erfasst Wissenschaft und Forschung

Der Begriff Open Science umfasst die Öffnung des gesamten wissenschaftlichen Prozesses von der ersten Idee bis zur abschließenden Veröffentlichung. Open Science beschreibt die Veränderungen in der Art und Weise, wie geforscht wird, wie Forschende zusammenarbeiten, wie Wissen geteilt wird und wie Wissenschaft organisiert ist. Das Wissenschaftssystem, und mit ihm die Universitäten, in Europa sowie weltweit erleben zurzeit diesen Wandel, der insbesondere durch die Verfügbarkeit digitaler Technologien, das rasante Wachstum von forschungsrelevanten Daten sowie die weiter zunehmende Globalisierung des Wissenschaftssystems, einhergehend mit einer stark steigenden Zahl an aktiven Forschenden, verursacht wird.

Open Science bietet die Möglichkeit, durch den offenen Zugang zu wissenschaftlichem Wissen seine Verifizierbarkeit und Nutzbarkeit sowie seinen Transfer in Gesellschaft und Wirtschaft zu fördern und zu stärken und die Bewältigung von wichtigen globalen gesellschaftlichen Herausforderungen voranzubringen. Diese Sichtweise teilt eine große Mehrheit der Befragten im Rahmen der öffentlichen Konsultation, die die Generaldirektionen Forschung sowie Digitale Wirtschaft und Gesellschaft der Europäischen Kommission gemeinsam im Sommer 2014 durchgeführt haben.¹

Ein bekanntes und frühes Beispiel für die erfolgreiche Anwendung von Open Science ist das Humangenom-

projekt, das die Daten zur menschlichen Erbsubstanz über das Internet zugänglich gemacht und so eine umfassende weltweite Kollaboration von Forscherteams ermöglicht hat. Dies führte zur erfolgreichen Entschlüsselung der menschlichen Erbsubstanz in weniger als 15 Jahren.² Der offene Zugang zu Forschungsdaten wird aus der künftigen wissenschaftlichen Arbeitsweise nicht mehr wegzudenken sein und einen erheblichen Mehrwert erbringen.

Um die Möglichkeiten von Open Science optimal nutzen zu können und die Entwicklung hin zu Open Science zu fördern, ist es notwendig, exzellente Rahmenbedingungen für digitale Wissenschaft zu schaffen. Dabei sind neben der Einrichtung der notwendigen Infrastrukturen vor allem die Beseitigung von Hindernissen beim offenen Zugang zu wissenschaftlichem Wissen sowie das Zusammenwirken von öffentlich geförderter Forschung mit privatwirtschaftlichen und gesellschaftlichen Akteuren erforderlich.

5

¹ Siehe: www.scienceintransition.eu

² Siehe u.a.: http://www.ngfn.de/de/verstehen_der_menschlichen_erbsubstanz.html

UNI-BUDGET: SCHMELZENDE BETRÄGE, AUF EIS GELEGTE FINANZIERUNG

Als sich Ende 2014 die Nebel lichteten, war klar: Von der zusätzlichen „Universitätsmilliarde“ für die Budgetperiode 2016 bis 2018 bleiben keine zwei Drittel der Summe übrig. Allerdings wären ohne Regierungsumbildung Ende August, als Wirtschafts- und Wissenschaftsminister Reinhold Mitterlehner über Nacht zum Vizekanzler und ÖVP-Obmann emporgestiegen war, für die Universitäten nicht einmal die 615 Millionen Euro geflossen. Erst als Parteichef Michael Spindelegger sämtliche seiner Ämter – darunter jenes des Finanzministers – hingeworfen hatte, war die Blockade beseitigt. Einmal mehr stand die Hochschulpolitik hierzulande im Zeichen fehlender Geldmittel.

Die ersten acht Monate des Jahres waren von Beginn an geprägt vom Feilschen um jene Summe, die für die kommenden Verhandlungen über das Budget der dreijährigen Leistungsvereinbarungsperiode laut Universitätsgesetz 2014 zu fixieren war. Die Ankündigung von Wissenschaftsminister Mitterlehner, wonach der Finanzbedarf des tertiären Sektors mit rund 1,6 Milliarden Euro ab 2016 auch im Bundesfinanzrahmengesetz abgebildet werden müsse, wurde in der uniko wohlwollend aufgenommen. Der neue Ressortchef – er hatte sein Amt erst zum Jahresende 2013 von Karlheinz Töchterle übernommen – ließ wachsendes Engagement erkennen und stattete im Februar den Rektorinnen und Rektoren bei der Plenarversammlung an der WU seinen ersten Besuch ab.

Wie sich beim Abgleich der Zahlen herausstellte, lagen die von der Universitätenkonferenz (uniko) errechneten Beträge nicht weit entfernt von jenen des Bundesministeriums für Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft (BMWFW). In der von der uniko ermittelten Summe von 1,378 Milliarden Euro zusätzlich zum Budget der aktuellen Periode (2013 bis 2015) waren 630 Millionen für Teuerungsabgeltung, 275 Millionen für Bauten und Sanierungen sowie 473 Millionen für die Studienplatzfinanzierung enthalten.

Vor dem Hintergrund des Desasters rund um das Milliardengrab der Hypo Alpe Adria und die fast monat-

lichen Hiobsbotschaften über neu entdeckte Löcher im Staatshaushalt war die ehrgeizige Vorgabe des BMWFW allerdings nicht lange aufrecht zu halten. Im April zeichnete sich ab, dass sich die Bundesregierung von ihrem Projekt einer kapazitätsorientierten – und damit kostspieligen – Studienplatzfinanzierung verabschieden werde. Der noch amtierende Finanzminister drückte sich um klare Aussagen herum und beschied den Universitäten in seiner Budgetrede, sie mögen sich „anstrengen“.

Schon zuvor hatte uniko-Präsident Heinrich Schmidinger allerdings in einer Pressekonferenz anlässlich „Zehn Jahre Autonomie – Kennzahlen einer erfolgreichen Selbstverwaltung“ die Errungenschaften seit der Ausgliederung der Universitäten 2004 dargelegt – auch mit Hinweis auf die von den Hohen Schulen gern geforderte „Effizienzsteigerung“: Demnach hat sich das Globalbudget aller Universitäten seither von knapp zwei Milliarden Euro auf aktuell 2,47 Mrd. Euro erhöht, was inflationsbereinigt aber nur einen Zuwachs von 2,8 Prozent bedeutet. Gleichzeitig waren im Wintersemester 2013/14 mit 273.000 ordentlichen Studierenden um rund 42 Prozent mehr Personen inskribiert als 2004. Die Studiendauer verkürzte sich in den letzten zehn Jahren um drei Semester, die Zahl der Absolventinnen und Absolventen stieg um mehr als 14.000 auf rund 34.500.

Im Juni präsentierten die Rektoren Heinrich Schmidinger und Christoph Badelt eine von der uniko in Auftrag gegebene IHS-Studie über Erkenntnisse zum Studienabbruch und verlangten von der Politik Konsequenzen im Studiensystem. Zu den erstmals ausgewiesenen hohen Quoten an nicht prüfungsaktiven bzw. nicht studienaktiven Studierenden meinte Rektor Badelt ahnungsvoll, es wäre „das Schlimmste, wenn die politische Brisanz der Studie nicht gesehen wird“. Er sollte angesichts des vernehmbaren Schweigens recht behalten. Wenige Wochen später kritisierte Präsident Schmidinger das weitgehende Desinteresse der Politik an Wissenschaft und Forschung.

Mit der mittlerweile auf Eis gelegten Studienplatzfinanzierung begann mitten im Sommer der Betrag für die Universitäten zu schmelzen: Aus den 1,6 Milliarden für den tertiären Sektor wurde allmählich eine Hochschulmilliarde, aus der ein erklecklicher Batzen für den unterdotierten Wissenschaftsfonds (FWF) und außeruniversitäre Forschungsinstitute reserviert wurde. Doch nicht einmal die verbliebenen 615 Millionen Euro für die Universitäten schienen nach den Rochaden im ÖVP-Regierungsteam – erstmals seit 20 Jahren hatte wieder

ein Vizekanzler das Wissenschaftsressort inne, mit Hans Jörg Schelling zudem ein Fachmann das Finanzressort – wirklich gesichert. Minister Mitterlehner gab erst zwei Wochen vor Weihnachten Entwarnung: Das Grundbudget der Universitäten werde um 315 Millionen Euro, die wettbewerbsorientiert vergebenen Hochschulraum-Strukturmittel werden um 300 Millionen Euro erhöht; das gesamte Budget für die nächste Leistungsvereinbarungsperiode wächst auf 9,72 Milliarden Euro.

Dennoch hatten die Spitzenbeamten des BMWFW bei der uniko-Plenarversammlung im Dezember an der Boku Erklärungsbedarf, um die Gemüter einiger Rektorinnen und Rektoren zu besänftigen. Zuletzt war durchgesickert, dass die zusätzlichen Mittel auch zur Abdeckung der Mehrkosten als Folge der neuen Ärzte-Arbeitszeitregelungen an den Medizin-Universitäten dienen sollten. Das Ministerium zog im ersten Quartal des neuen Jahres die Notbremse und präsentierte eine österreichische Lösung: Der voraussichtlich dreistellige Millionenbetrag für Ärztegagen wird durch die „Ministerreserve“, also aus dem Körbergeld des Ressortchefs, beglichen. Für spannende Diskussionen bleibt auch 2015, wenn es bei den Verhandlungen ans Eingemachte geht, reichlich Stoff. *mk*

uniko-VERANSTALTUNGEN mit Partnern bzw. unter alleiniger Verantwortung

7. Jänner: **Neujahrsempfang**, Raiffeisen Zentralbank Wien;

21. August: **Universitätenforum: „Doktorat an der Universität – Potenziale und Herausforderungen“**, Hochschulgespräche im Rahmen des Forums Alpbach;

25./26. September: **Trilaterales Treffen** der Rektorenkonferenzen D-A-CH, Universität Innsbruck;

16. Oktober: **Tagung Plagiat: „Prävention – Erkennung – Konsequenzen“**, Universität für Musik und darstellende Kunst Wien;

21. Oktober: **„Gemeinsam erfolgreich – Dual Career Services für AkademikerInnen“**, Medizinische Universität Wien;

5. November: **„Brain drain – Brain gain?“** – Potenziale von internationalen Studierenden für Wirtschaft und Wissenschaft, Sky Lounge der Wirtschaftskammer Österreich, Wien;

25. November: **„Mind the trap“**: Befristung, Teilzeit und Vereinbarkeit an Universitäten, Universität für Musik und darstellende Kunst Wien.

Reihe **„International Lectures“**: Universität Wien (19.3.); OeAD-Haus Wien (21.5., 11.6.); Universität Innsbruck (13.11., 14.12.).



ALLEGRETTO GRAZIOSO. Im Rahmen der Inauguration am 28. Oktober nimmt die neue und erste Rektorin an der Kunstuniversität Graz, Elisabeth Freismuth, die Glückwünsche von Altrektor Georg Schulz entgegen.



ANDANTE CON MOTO. Ein Druck aus Pianistenhand zum Abschied: Altrektor Reinhart von Gutzeit (im Bild links) übergibt bei der Inauguration am 16. Oktober innerlich bewegt seinem Nachfolger Siegfried Mauser an der Universität Mozarteum Salzburg das Amt samt Insignien.



ADAGIO CON SPIRITO. Beim beliebten alljährlichen „Fest der Nationen“ am Leobener Hauptplatz präsentieren am 23. Mai Studenten der Montanuniversität aus dem Sultanat Oman ihre Heimat vor den Augen von Rektor Wilfried Eichlseder.



MODERATO MA NON TROPPO. „10 Jahre NAWI Graz“ nehmen Rektorin Christa Neuper (Uni Graz) und Rektor Harald Kainz (TU Graz) zum Anlass, um am 12. März eine erste Bilanz der Allianz zur gemeinsamen Lehre und Forschung in den Naturwissenschaften zu ziehen.



ALLEGRO GIOCO. Sonja Hammerschmid, Rektorin der Veterinärmedizinischen Universität, besucht am 21. Oktober Sozialminister Rudolf Hundstorfer, um sich über die neuen gesetzlichen Regelungen für Assistenz- und Blindenführhunde zu informieren.



VIVACE CON BRIO. Ein akademisches Sextett beweist am 10. Juli handwerkliche Qualitäten beim Spatenstich für das neue Gregor-Mendel-Haus der Boku: Vizerektorin Andrea Reithmayer, Architekt Helmut Neumayer, Bezirksvorsteher Adolf Tiller, Vizekanzler Reinhold Mitterlehner, Rektor Martin Gerzabek, BIG-Geschäftsführer Hans-Peter Weiss (von links nach rechts).

ZUR NACHHALTIGEN WIRKSAMKEIT VON POLITISCHEN FEHLERN

Universitätsreform als Erfolgsgeschichte mit Peinlichkeiten für Vater Staat



Immer dann, wenn neue Leistungsvereinbarungen verhandelt werden, ist die Nervosität in den Universitäten groß. Schließlich geht es darum, ob das Erreichte fortgeführt werden kann und ob Neuerungen eine Chance bekommen. In Zeiten knapper Budgets wird die Debatte von den Finanzverantwortlichen gerne mit Kritik verbunden; nach dem Motto „Angriff ist die beste Verteidigung“ verdeckt der Vorwurf, die Unis müssten „effizienter“ werden, die wahrlich peinliche Ausgangssituation: die chronische Unterfinanzierung der Universitäten und den geringen Stellenwert von Wissenschaft und Forschung in diesem Lande.

Das Universitätsgesetz 2002 ist seit mehr als zehn Jahren in Kraft. Da vergisst man nicht nur die „alten Zeiten“, sondern auch die Erfolge, die die Unis seither erreicht haben. Vergessen sind die Zeiten, als der Wissenschaftsminister persönlich über die Zuweisung einer Schreibmaschine entschied. Unvorstellbar ist auch der Beschluss von Studienplänen im Parlament – und nicht in der akademischen Selbstverwaltung. Der Blick zurück zeigt, dass die Universitäten wesentlich leistungsfähiger geworden sind, dass die Autonomie die Voraussetzung für die Wettbewerbsfähigkeit der Unis ist. Dies sollten sich all jene politischen Akteure merken, die an der Autonomie der Unis sägen.

Die Universitäten erfüllen heute mehr Aufgaben als vor zehn Jahren. Diesen Fortschritt sollten ihnen andere

Bereiche des öffentlichen Sektors erst einmal nachmachen. Viele Agenden, die davor im Ministerium erledigt wurden, sind heute den Unis übertragen. Zur Erweiterung des Aufgabenkatalogs kommen die Implikationen des Bologna-Systems, womit die Zahl der Studierenden wie auch jene der Studien(„richtungen“) deutlich anstieg. All dies ist eine Erfolgsgeschichte der österreichischen Unis – und nur die Autonomie hat die Bewältigung dieser Aufgaben bei langsam wachsenden Budgets ermöglicht.

Die andere Seite der Medaille sind die politischen Fehler, die mit der Universitätsreform 2002 gemacht wurden und die im negativen Sinn „nachhaltig“ wirken. Die Autonomie hätte von einer ausreichenden finanziellen Grundausstattung der Unis begleitet werden müssen. Zur echten Autonomie hätte auch das Recht der Unis gehört, die Studierenden selbst auszusuchen und damit den Zugang zu regeln. Schließlich sollten autonome öffentliche Unis innerhalb eines von der Politik gesteckten strategischen Rahmens agieren, zu dem zuerst die Definition von Ausbildungskapazitäten und die leistungsorientierte Budgetzuweisung an die Unis gehören.

Dass dies bis heute nicht geschehen ist, mindert nicht nur den Erfolg der Unis. Es ist ein Armutszeugnis österreichischer Politik, die mehr als zehn Jahre lang nicht imstande war, die rechtlichen Rahmenbedingungen zu schaffen, um den österreichischen Unis wirklich zum Status der „Weltklasseuniversitäten“ zu verhelfen.



„WÄRE GUT, WENN EIN GESICHT FÜR DAS WISSENSCHAFTSRESSORT STEHT“

Franz Fischler über Hochschulpolitik, Quotenlösung und seine Vorlesungen zu Europarecht

Sie haben in einer profil-Ausgabe vom Jänner 2015 aus Anlass 20 Jahre EU-Betritt Österreichs gemeint: „Ohne EU ginge es Österreich und seinen Bewohnern wesentlich schlechter.“ Gilt das auch für die Situation der heimischen Universitäten?

Franz Fischler: Das gilt nicht im selben Ausmaß, aber grundsätzlich auch für Österreichs Universitäten – vor allem deshalb, weil sie sehr ausgiebig von den europäischen Forschungsprogrammen Gebrauch machen. Was leider viel zu wenig bekannt ist: Österreich gehört zu den Ländern mit der besten Performance bezüglich der Absorption von europäischen Forschungsgeldern. Durch den EU-Beitritt Österreichs ist auch die Kooperation mit anderen Universitäten in der EU in den letzten Jahren wesentlich gestiegen.

Als einer der größten Vorteile des EU-Beitritts wird das ERASMUS-Programm der EU zur Förderung von Auslandsaufenthalten an Universitäten wahrgenommen. Welcher Nutzen für die heimische Wissenschaftsgemeinde steht für Sie im Vordergrund?

Fischler: Ich glaube, das ERASMUS-Programm erfüllt vor allem einen Zweck, nämlich, die Weltoffenheit der jüngeren Generation zu fördern. Man kann gut beobachten, mit welcher Selbstverständlichkeit heutzutage Studierende für ein Jahr oder länger ins Ausland gehen. Es ist wohl äußerst selten, dass jemand diesen Aufenthalt bedauert. Es ist eine große Befruchtung und ein persönlicher Nutzen für das Leben der jungen Leute.

Die Einführung einer Quote für ausländische Studierende an heimischen Medizin-Universitäten 2006 war quasi eine Spätfolge des EU-Beitritts und löst im Zuge der Aufnahmetests noch immer heftige Diskussionen aus. War die erzwungene Abkehr vom Herkunftslandprinzip der Weisheit letzter Schluss?

Fischler: Darüber lässt sich gut und lange streiten. Viel Weisheit wird man da nicht entdecken. Es geht schlicht darum, dass hier die EU in einem gewissen Dilemma steckt. Auf der einen Seite muss sie Binnenmarktp Prinzipien realisieren und umsetzen, auf der anderen Seite führte die unterschiedliche Behandlung beim Universitätszugang vor allem in Deutschland zu einer ziemlichen

STICHWORT FORUM ALPBACH

Das Europäische Forum Alpbach ist eine interdisziplinäre Plattform für Wissenschaft, Politik, Wirtschaft und Kultur. Der gemeinnützige Verein wurde 1945 von Otto Molden und Simon Moser als „Internationale Hochschulwochen“ gegründet und befasst sich seither im Rahmen des jährlichen Forums in Alpbach im August mit gesellschaftspolitischen Fragen. Das Motto der Alpbacher Gespräche 2015 lautet *UnGleichheit – InEquality* (2014: *At the Crossroads*). Das von der uniko ausgerichtete **Universitätenforum** wird sich im Rahmen der Hochschulgespräche 2015 dem Thema „Die dritte Mission“ – *Gesellschaftliche Rolle und soziale Verantwortung von Hochschulen* widmen.

Schwemme in Österreich – Stichwort: Numerus Clausus-Flüchtlinge. Ob die derzeitige Lösung die denkbar beste ist, sei dahingestellt, aber in irgendeiner Weise muss man das regeln. Man sieht ja, dass es trotz großer Studierendenzahlen in Österreich zunehmend zu Versorgungsproblemen bei Jungärzten kommt.

Sie haben nach Ihrer Rückkehr aus Brüssel 2005 selbst einige Semester Vorlesungen an der Boku, der Uni Innsbruck und der TU München gehalten. Haben Sie da Unterschiede festgestellt? Welche Erfahrungen haben Sie gemacht?

Fischler: Grundsätzlich gute Erfahrungen, obwohl ich ziemlich fordernd war. Ich halte nämlich nichts davon, wenn man das Leistungsprinzip nicht gelten lässt. Ich musste allerdings erfahren, dass bei den Curricula-Betreuern manchmal die Frage in den Vordergrund rückte, „möglichst viele Studierende durchzubringen“. Ich bin jedoch der Meinung, Studierende müssen erstens einen gewissen Prüfungsstress aushalten, wie auch später im Leben; zweitens muss eine Selektion stattfinden. Meine Vorlesungen zu Europarecht und Agrarpolitik waren immer sehr gut besucht. Beim Interesse war kein Unterschied zwischen Wien, Innsbruck und München zu bemerken. Auffallend war, dass mich schon nach der ersten Vorlesung einige Studierende gefragt haben: „Bitte, was müssen wir für die Prüfung lernen?“

Am Wiener Minoritenplatz herrscht eine beachtliche Fluktuation: Seit 2005 waren fünf ÖVP-Politiker bzw. -Politikerinnen – von Gehrler bis Mitterlehner – mit den Hochschulagenden betraut. Sagt das etwas über den Stellenwert des Wissenschaftsressorts in der Innenpolitik aus?

Fischler: Ich möchte nicht beurteilen, wie das in der Öffentlichkeit gesehen wird. Ich halte es aber nach wie vor für falsch, dass das Wissenschafts- und Forschungsministerium nicht mehr als selbstständiges Ministerium geführt wird. Es wäre gut, wenn ein Gesicht für das Ressort steht und die akademische Welt merkt, dass dieses Gesicht für die Interessen der Wissenschaft und

Universitäten kämpft. Ich sage damit nicht, dass es Herr Mitterlehner bisher nicht gut macht. Aber man muss die Symbolik im Auge behalten.

Die Hochschulgespräche gelten als Fixpunkt des Forums Alpbach. Wie beurteilen Sie als Präsident die Rolle der Universitäten bei den alljährlichen „Festspielen des Wissens“?

Fischler: Ich bin sehr dankbar, dass vor allem die Universitätenkonferenz, aber auch viele einzelne Persönlichkeiten sich in Alpbach einbringen – nicht nur bei den Hochschulgesprächen, sondern als Seminarleiter, Diskutanten und Besucher. Trotz anfänglicher Bedenken freut es mich, dass es bei den Hochschulgesprächen so gesehen wird, wie es unserer Absicht entsprochen hat – ein Forum zu schaffen, wo über die Methodik der Zukunft diskutiert wird und Best-Practice-Beispiele vorgestellt werden. Früher hatten Professorinnen und Professoren die Möglichkeit, am Universitätstag ihre Forschungsergebnisse zu präsentieren. Wir bemühen uns jetzt, Exzellenz aus Österreich in den anderen Gesprächen zu präsentieren – etwa bei Technologie-, Wirtschafts- oder Gesundheitsgesprächen – und die Hochschulgespräche den Entwicklungen im tertiären Bildungssektor zu widmen.

Das Interview führte Manfred Kadi

ZUR PERSON

Franz Fischler (Jahrgang 1946), Studium der Landwirtschaft an der Universität für Bodenkultur Wien (Boku), 1973 bis 1979 Universitätsassistent an der Boku, 1978 Promotion zum Dr. rer. nat. oec.; 1985 Direktor der Landwirtschaftskammer Tirol; 1989 bis 1994 Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft, 1995 bis 2004 Mitglied der Europäischen Kommission, zuständig für Landwirtschaft, ländliche Entwicklung und (ab 1999) für Fischerei; seit 2005 Geschäftsführer der Franz Fischler Consult GmbH Absam, Berater zahlreicher Regierungen und der OECD; seit 2012 Präsident des Europäischen Forums Alpbach.



PERSÖNLICHKEITSBILDUNG ALS AUFTRAG AN DIE UNIVERSITÄTEN

Kunst, Musik und Theater – ein Wegweiser für mehr Humanismus

Seit Herbst 2014 im Amt, bin ich als Rektorin noch am Beginn meiner Laufbahn. Und trotz der einschlägigen Erfahrungen, die ich aus leitenden Funktionen an der Universität für Musik und darstellende Kunst Wien und im Bundesministerium für Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft mitbringe, sind die grundlegenden Fragen – ist das *quo vadis* – noch sehr präsent. „*Quo vadis, universitas?*“ hat auch der Österreichische Wissenschaftsrat im Vorjahr eine Tagung betitelt. Das ist kein Zufall, denn die Brüche, die gegenwärtig in der sozialen und politischen Entwicklung Europas zu beobachten sind, bringen einen Paradigmenwechsel mit sich. Dieser beeinflusst auch die Arbeit, die für uns Kunstuniversitäten im Zentrum steht.

Ich muss nicht Konrad Paul Liessmann folgen, um kritisch zu konstatieren, dass die Diskussion der vergangenen Jahre stark vom Fokus auf Wirtschaftlichkeit dominiert war. Niemand wird ernsthaft leugnen, dass der vormals ganzheitliche Bildungsbegriff zunehmend vom Primat der Ausbildung ausgehöhlt wird. Erst kürzlich sprach Gottfried Schatz kritisch vom „gut ausgebildeten, aber ungebildeten Wissenschaftler“. Zuletzt meldete sich Gerald Bast öffentlich zu Wort und forderte vor dem Hintergrund der Attentate auf Charlie Hebdo kurz nach der Jahreswende 2014/15 die Vermittlung europäischer Werte an Schulen und ein Umdenken vonseiten der Universitäten (siehe auch Kommentar Seite 28 Jahresbericht).

„Universitas“ soll als Wert wieder beim Wort genommen werden. Doch wir brauchen uns nicht neu zu definieren. Es genügt, das Universitätsgesetz zur Hand zu nehmen, der humboldtsche Bildungsbegriff ist dort festgeschrieben – und er ist nach 200 Jahren aktueller denn je. Die Persönlichkeitsbildung ist ein klarer Auftrag an uns Universitäten, der allen anderen Bildungszielen gleichwertig zur Seite steht. Wir müssen uns nur davon verabschieden, diese sehr reale Herausforderung als Floskel misszuverstehen.

Die zentralen sozialen Kompetenzen der Gegenwart manifestieren sich im Umgang mit der Diversität von Werten und kulturellen Codes. Kunstuniversitäten sind aufgrund ihrer Internationalität bei Studierenden wie Lehrenden täglich mit diesen Herausforderungen konfrontiert. An der Universität für Musik und darstellende Kunst Graz studieren junge Menschen aus rund 70 verschiedenen Nationen. Hier wird Globalisierung sichtbar – zumeist in überraschend positiver Form.

Wir leben in der Vermittlung von Kunst, von Musik und Theater, eine integrative Kultur, die auch für andere Bereiche wegweisend sein kann. Denn durch das Miteinander, das an einem Haus wie dem unseren gefordert ist, durch das Zusammenspiel als *conditio sine qua non*, wird jedes Studierendenorchester zum Best-Practice-Beispiel in Sachen Integration – oder nennen wir es ruhig „Humanismus“.



EIN GRÖßERER SPIELRAUM ZUM PREIS VON MEHR BÜROKRATIE

Erkenntnisse im Vergleich von Salzburg und München

Seit Oktober 2014 habe ich die Freude und Ehre, der Universität Mozarteum in Salzburg als Rektor vorzustehen. Nachdem ich zuvor elf Jahre lang als Präsident der Staatlichen Hochschule für Musik und Theater in München tätig war, bietet es sich an, nach einem Semester einen kleinen Vergleich anzustellen.

Die wesentliche Erkenntnis: Prinzipiell sind die Entwicklungsmöglichkeiten an der Universität Mozarteum entschieden höher und vielfältiger, allerdings um den Preis einer größeren Umständlichkeit mit höherem Verwaltungsaufwand. Dies mag daran liegen, dass die Verfasstheit und Gremienstruktur an der Salzburger Institution gänzlich dem Universitätsstatus angepasst ist, was einen Grund für größeren Spielraum darstellt, aber auch einen erweiterten Beratungs- und Entscheidungshorizont eröffnet.

Wissensbilanzen, Leistungsvereinbarungen und Entwicklungspläne, die nach vorgesehenem Muster und Zeitaufwand zu erstellen sind, existieren in dieser festgelegten Form an den Kunsthochschulen in Bayern nicht. Vieles läuft diskursiv und informell auf einer gremienentlasteten und daher flexibleren Kommunikationsebene, sowohl innerhalb der Häuser als auch im Verhältnis zu den verantwortlichen Ministerien. Dennoch ist es von Vorteil, dass der Kreativität in entwicklungsspezifischer Hinsicht wenig Grenzen gesetzt sind und Raum für vielfältige neue Ideen in Verwaltung, Studium und Lehre geboten

wird. Hervorzuheben ist außerdem der an der Salzburger Institution im Verhältnis zu München gesteigerte Anteil von Wissenschaft und Forschungsprojekten, die den Status einer Universität mit legitimieren. Hier eine verstärkte Koordination und Integration mit dem künstlerischen und pädagogischen Auftrag herzustellen, wird sicher eine wichtige Aufgabe für die Zukunft sein.

Auch das Verhältnis von Elite- und Breitenförderung im künstlerischen Bereich erscheint angemessen und ausgewogen, wobei hier die erhöhte Autonomie durch Departmentstrukturen, die es derart an bayerischen Hochschulen nicht gibt, von Vorteil ist. Auch im Falle der für jede Universität substanziellen Umsetzung von Neuberufungen und deren Verfahren erweist sich die dialogisch angelegte Gremienstruktur als zielführend und gewinnbringend. Könnten unnötige Reibungsverluste durch nicht immer notwendige Vorschriften vermieden werden, wäre die Überlegenheit des kunstuniversitären Modells gegenüber dem der bayerischen Hochschulen offensichtlich.

Allerdings muss auf eine Schieflage im Wettbewerb um beste Kandidatinnen und Kandidaten hingewiesen werden: Durch die Auflösung des Beamtenwesens innerhalb der Professorenschaft haben Österreichs Universitäten eindeutig einen Wettbewerbsnachteil gegenüber den Deutschen, der zwar durch zusätzliche Angebote kompensiert, aber letztlich nicht aufgehoben werden kann.

Vorsitzende des Senats der Universität Wien



„UNTERLASSENE INVESTITION KANN DER LEHRE SCHADEN“

Frau Professor, Sie haben im Mai 2013 anlässlich Ihrer Wahl zur Senatsvorsitzenden der Universität Wien erklärt, die wichtigste Aufgabe sei die Studienplatzfinanzierung. Diese wurde 2014 mangels Budgetmittel für Jahre auf Eis gelegt. Wie hoch ist ihr Frustrationspegel?

GKS: Das Scheitern dieses Projekts für 2016 bis 2018 war eine große Enttäuschung und ein politischer Rückschlag. Das Konzept war noch nicht perfekt, aber eine Chance auf ein rational durchdachtes, faires und transparentes Finanzierungssystem für den ganzen Hochschulsektor. Auch wenn klar ist, dass damit Kosten verbunden sind: In die Bildung in Österreich muss dringend investiert werden.

Als Sprecherin der Vorsitzenden der Senate der österreichischen Universitäten haben Sie zuletzt gewarnt, dass der qualitätsvolle Lehrbetrieb an Grenzen stoße. Werden diese 2015 überschritten?

RUTH MATEUS-BERR

Senatsvorsitzende der Universität für angewandte Kunst Wien



„KOPFGELD LÄSST SICH NICHT AUF KUNSTUNIS ÜBERTRAGEN“

Frau Professor, eine Studentin der Angewandten aus Nigeria hat 2014 im FALTER erklärt: „Es ist hier wirklich toll zu studieren, vor allem deshalb, weil es kaum Studiengebühren gibt. Keine 50.000 Pfund im Semester, es ist wirklich billig. Das ist ein Luxus.“ Wie lange lässt sich dieser Luxus angesichts knapper Budgetmittel noch aufrechterhalten?

RMB: Ich meine nicht, dass es ein Luxus ist. Das ist eine politische Haltung und eine grundsätzliche Entscheidung, verbunden mit der Frage: Ist der Staat für Bildung verantwortlich oder nicht? Ich organisiere gerade eine Konferenz mit dem Teacher College der Columbia University in New York, die sehr hohe Studiengebühren einhebt. Da haben wir auch überlegt, Konferenzgebühren zu verlangen, und das verworfen. Unser Ziel ist, möglichst vielen jungen Leuten diese Beiträge zugänglich zu machen.

Die Kunstuniversitäten haben seit Jahrzehnten strenge Zugangsregeln. Sind Sie an Ihrer Universität ebenfalls von

und Sprecherin der Vorsitzenden der Senate der österreichischen Universitäten

GKS: Für 2015 ist der Lehrbetrieb noch durch die Leistungsvereinbarungen gesichert. Schwierig wird es ab 2016: wegen der Finanzschwäche des FWF, der Erhöhung der Ärztegehälter und vieler nötiger Investitionen in Gebäude und Labors. Zudem können wir die Studierendenzahlen in den einzelnen Fächern nicht vorhersehen. Jede geringste Budgetrestriktion und jedes Unterlassen rechtzeitiger Investition kann der Qualität der Lehre massiv schaden.

Sie haben auch die Erneuerung der Lehramtsstudien auf die Agenda des Senats gesetzt. Wie gestaltet sich das Zusammenspiel mit den Pädagogischen Hochschulen?

GKS: Diese Zusammenarbeit steckt erst in ihren Anfängen. Mit der UG-Novelle 2015 hat der Gesetzgeber einen rechtlichen Rahmen dafür geschaffen. Jetzt setzen wir die ersten Schritte, die freilich überall Neuland betreten. Universitäten und PHs arbeiten ja unter sehr unterschied-

lichen Rahmenbedingungen. Außerdem hat der Gesetzgeber noch nicht entschieden, wie die Schule für die 10- bis 14-Jährigen in Zukunft überhaupt aussehen soll. *Im UG sind unter Paragraf 25 knapp 20 Aufgaben des Senats aufgelistet, darunter die Erstellung eines Dreier-vorschlags für die Wahl eines Rektors bzw. einer Rektorin sowie Erlassung und Änderung der Curricula. Was ist für Sie am wichtigsten?*

GKS: Der Rektor, die Rektorin hat umfassende Kompetenzen zur Universitätsleitung. Seine oder ihre Wahl ist daher von größter Bedeutung für die Entwicklung der Universität. Nur der Vorschlag des Senats gibt der gewählten Person die Legitimation der Universitätsangehörigen. Die Curricula sind wiederum für die Gestaltung der Lehre zentral. Neben den juristischen Kompetenzen überaus wichtig ist aber auch die laufende Beratung des Rektors durch den Senat und dessen Vorsitzende.

Die Interviews führte Manfred Kadi

Kapazitätsengpässen oder ungünstigen Betreuungszahlen im Lehrbetrieb betroffen?

RMB: Unbedingt, weil die künstlerische Lehre in vielen Fällen als Einzelunterricht stattfindet. Bei Klavier- oder Geigenunterricht wird das sofort verstanden – im Gegensatz zu angewandten oder bildenden Künsten. Es erfordert viel Arbeit, um in kleinen Gruppen etwas zu entwickeln. Natürlich gibt es bei uns auch Vorlesungen, aber irgendwann vermindert sich die Qualität, wenn zu viele Studierende dabei sind. Wollte man – bei steigenden Studierendenzahlen und sinkendem Budget – Studienplatzkosten, sprich „Kopfgeld“, berechnen, dann lässt sich das auf Kunstuniversitäten so nicht übertragen.

Von den Kunstuniversitäten war stets die größte Skepsis bezüglich der gemeinsamen Ausbildung von Lehrerinnen und Lehrern mit den Pädagogischen Hochschulen zu vernehmen. Welche Erfahrungen haben Sie bisher gesammelt?

RMB: Für die Kunstunis gibt es noch keine Erfahrungswerte. Das Bildungsministerium hat allerdings Rahmenbedingungen gesetzt, die nicht ausreichend durchdacht sind. Es wurde ein Gesetz vorgegeben, ohne die Möglichkeiten der Umsetzung anzugeben, ohne wissenschaftlich begründete Argumente – gleichsam als Schnellschuss, den ich nicht nachvollziehen kann. Hier treffen weiterhin unterschiedliche Kulturen zusammen: autonome Universitäten mit PHs, die nicht autonom sind.

Welche ist für Sie die wichtigste Aufgabe des Senats?

RMB: Der Senat ist das einzige Uni-Gremium, wo man demokratisch eine Wahl wie jene des Rektors, der Rektorin mitentscheiden kann. Wir müssen ja schließlich die meiste Zeit mit den Rektoraten zusammenarbeiten. Die Senatsmitglieder tragen hohe Verantwortung für alle Studierenden, Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen. Alles im Senat kann nur in guter Teamarbeit, auch mit dem Rektorat, geschehen.



„DIE UNIVERSITÄTEN WERDEN ZU DIPLOMFABRIKEN“

Robert A. Shaw über den Wissenschaftsbetrieb, sein erstes Experiment und sein Verhältnis zu Österreich

Wenn Sie sich heute jemandem vorstellen, fallen dann die Worte „Wien“ und „Österreich“?

Robert A. Shaw: Ganz bestimmt nicht. Wenn überhaupt, dann erst sehr spät. Ich bin stolz darauf, ein aufgeschlossener britischer Wissenschaftler zu sein, international ausgerichtet, laizistisch. Einer, der an rationale Argumente glaubt, nicht an emotionale, irrationale Ausbrüche. Zusammenarbeit ist mir viel lieber als Konfrontation und Vorurteile.

Was war Ihr erstes Experiment und was haben Sie davon gelernt?

Shaw: Am deutlichsten erinnere ich mich an einen Sonntagabend, in einer Frühphase meiner PhD-Forschung. Ich begriff, dass ich gerade eine neue Substanz hergestellt hatte, der erste auf der ganzen Welt! Ich spürte eine unglaubliche Aufregung, war aber alleine im Labor und konnte sie nicht teilen. Ich begriff damals, dass man weder Alkohol noch Nikotin oder Drogen braucht, um eine unglaubliche Befriedigung zu verspüren. Etwas zu erreichen, ist das beste Aufputschmittel. Gab es Aspekte der Chemie, die Sie erst allmählich entdeckten und die das Fach unwiderstehlich machten?

Shaw: Mein frisch gewähltes Forschungsfeld ist damals viele Jahre lang brachgelegen. Ich erkannte enorme Möglichkeiten und machte das Feld zu meinem eigenen. Noch heute kommt man in der Phosphazen-Chemie um den Namen Robert A. Shaw nicht herum. Sogar die Namen der Phosphazenring-Systeme stammen von mir – ich habe sie in den frühen 1960er-Jahren vorgeschlagen.

Wie hat sich der Wissenschaftsbetrieb seit Ihren Anfängen für Sie verändert?

Shaw: Es verstört mich, dass sich die Universitäten von der Ausbildung junger Forscher abwenden und zu Diplomfabriken werden. Heutzutage scheinen sie von finanziellen Beweggründen angetrieben, zulasten der akademischen Exzellenz. Wir müssen weiterhin herausragende Lehre anbieten und Studierende fürsorglich anleiten, aber auch innovative Forschung und Wissenschaft betreiben. Dafür braucht es Finanzierung. Sponsoren müssen sich bewusst sein, dass wirklich innovative Forschung nicht programmiert ist und nicht programmiert werden kann. Das funktioniert nicht wie in einer Fabrik! Auch der Blue Sky-Forschung, dem Denken abseits der ausgetretenen Pfade, müssen Mittel zugewiesen werden.

Interdisziplinarität und internationale Zusammenarbeit sind Eckpfeiler Ihrer Arbeit. In einer Ära von permanenter Erreichbarkeit, unmittelbarem Zugang zu und stets größerer Transparenz von Wissen – was bleiben hier die größten Herausforderungen?

Shaw: Die wirklichen Herausforderungen von intellektuellem Austausch, um neuartige Ideen zu entwickeln, haben sich nicht geändert. Der Austausch wurde mit allen zur Verfügung stehenden Informationen in unserer technologisch fortgeschrittenen Welt leichter. Dennoch ist es meiner Meinung nach wesentlich, gleichgesinnte Wissenschaftler persönlich zu treffen, wenn es um wirkliche Brainstorming-Sessions gehen soll.

Auf der Weltkarte Ihrer wissenschaftlichen Kooperationen finden sich Länder wie Indien, Frankreich, die Türkei oder auch Deutschland. Österreich scheint nicht Teil Ihres Netzwerks zu sein. Warum?

Shaw: Ich habe kaum österreichische Wissenschaftler mit ähnlichen Interessen getroffen. Während ich mit Einladungen aus den USA, der Tschechoslowakei, Deutschland, Polen, Indien etc. überschüttet wurde, kam aus Österreich keine einzige.

In der Spätphase Ihrer Laufbahn haben Sie sich immer mehr auf die Geschichte konzentriert. Hat Ihre persönliche Lebensgeschichte einen Ausblick auf das Leben hervorgebracht, der durch das Streben nach Fortschritt gekennzeichnet ist? Stets der Zukunft und nicht der Vergangenheit zugewandt?

Shaw: Ja, die sehr unangenehmen Erfahrungen des „Anschlusses“ haben mich den Blick in die Zukunft richten lassen. Wenn meine Frau nicht meinen Hintergrund und mein Leben für unsere Kinder und künftige Generationen hätte festhalten wollen, hätte ich wahrscheinlich nie wieder zurückgeblickt. Die Öffnung der Archive für Opfer des Holocaust und die Möglichkeit, ein Ansuchen an den Allgemeinen Entschädigungsfonds zu stellen, haben das Ihre dazu beigetragen. Aber anstatt tiefe Wunden heilen zu lassen, wurde in diese gerade dadurch bedauerlicherweise viel zusätzliches Salz gestreut. Der Allgemeine Entschädigungsfonds bot mir 10,6 Prozent seiner angepassten Wertschätzung. Nach Aussagen von österreichischen Freunden entsprach das aber eher einem Prozent des tatsächlichen materiellen Verlustes meiner Familie. Ich bin der einzige Überlebende und habe das Angebot abgelehnt. Wenn Österreich endlich Verantwortung gegenüber seiner dunklen Vergangenheit übernimmt, dann sollen meine Kinder ihren Anspruch auf den mir zustehenden Anteil, der künftig auf sie übergeht, anmelden.

Auch mit 90 Jahren sprühen Sie vor Wissensdurst, Ihre intellektuelle Energie sprudelt nur so. Ist Ihnen lebenslanges Lernen und das Trainieren eines wachen Geistes leicht gefallen? Welche Tipps haben Sie?

Shaw: „Use it or lose it“ – das gilt für Körper und Geist. Als ich auf die Uni kam, bemerkte ich, dass ich etwa sechs Jahre hinter meinen Kollegen hinterherhinkte.

Dadurch entwickelte ich eine Dringlichkeit, die seither nie nachgelassen hat. Ich glaube nicht an Pensionierung – glücklicherweise auch meine Frau nicht, die *my soulmate* ist. Bis ich 80 Jahre alt war, habe ich gefochten. Erst als ich Medikamente nehmen und jede Art von Verletzung vermeiden musste, habe ich damit aufgehört. Das Leben ist da, um gelebt zu werden und um etwas zu erreichen.

Das Interview führte David Baldinger

ZUR PERSON

Robert A. Shaw, geboren als Robert Schlesinger 1924 in Wien, sieht sich selbst als Kosmopolit. Bis zum „Anschluss“ besucht er in Wien die Schule. Im Juli 1939 kommt Shaw mit dem Kindertransport nach Großbritannien. Als Soldat der britischen Armee hat er u.a. in Indien und Südostasien gedient. Ab 1965 ist Shaw Chemie-Professor an der London University. Rasch wird er zur weltweit anerkannten Autorität auf seinem Spezialgebiet, der Phosphazen-Chemie. Auch das Nominierungs-Komitee des Nobel-Preises schätzt seine Expertise. Zwei Jahrzehnte lang ist er Mitglied; beide Shaw-Nominierungen erhalten den begehrten Preis.

Daneben prägen zahlreiche interdisziplinäre Forschungs-k Kooperationen, speziell mit Indien, Frankreich, Türkei und Polen, seine Karriere. 22 seiner über den Globus verstreuten Mitarbeiter werden als Professoren berufen. Shaw ist Ehren-doktor der Universitäten von Toulouse und Gebze (Türkei).

Neben der Chemie faszinieren ihn vor allem Geschichte und Bildungswissenschaft. Er ist ein Verfechter der Gleichbe-rechtigung von Frauen und überzeugt, dass erfolgreiche Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler auch erfolgreiche Eltern sein können. Mit seiner Frau, einer Kristallografin, hat er zwei Kinder, beide sind als Ärzte tätig. Heute blickt Shaw auf mehr als 350 wissenschaftliche Publikationen zurück.



VON PLINIUS DEM ÄLTEREN ZUR THIRD MISSION

Universitäten bringen *Ingenia hominum*
der Öffentlichkeit nahe

Ingenia hominum res publica: Dieser Leitsatz der *Library Association*, der ich im Jahr 1980 beigetreten bin, lässt sich nicht nur auf die öffentlichen Bibliotheken Großbritanniens anwenden, sondern auch auf die Universitäten, insbesondere auf die öffentlich finanzierten, die Mitglieder der Universitätenkonferenz sind.

Der Satz stammt von Plinius dem Älteren (23–79 n. Chr.), der in seiner „Naturalis historia“ behauptete, dass es Gaius Asinius Pollio mit seiner Bibliothek gelungen wäre, die Talente der Menschheit in den öffentlichen Besitz überzuführen. Ähnliches versuchen die Universitäten mit Aktivitäten, die der sogenannten „dritten Säule“ (Third Mission) zuzurechnen sind.

„Third Mission“ umfasst alle Arten von Partnerschaften, die Universitäten mit der Öffentlichkeit eingehen und welche dieser den Zugang zum universitären Wissen erleichtern. Hierunter fallen Projekte des Technologietransfers ebenso wie Weiterbildungsangebote und die Wissenschaftskommunikation. Die Third Mission darf sich jedoch nicht bloß in Auftragsarbeiten für die öffentliche Hand erschöpfen, sondern muss auch darauf abzielen, die Leistungen der Universitäten in der Öffentlichkeit sichtbar und zugänglicher zu machen.

Das Talloires Netzwerk, in dem 320 Hochschulen aus 72 Ländern zusammengeschlossen sind, hat in seiner 2005 verabschiedeten Deklaration sehr klare Aussagen

dazu gemacht: Man kam u.a. überein, universitäre Leistungen, von denen die Gesellschaft und ihre Mitglieder profitieren, zu dokumentieren und zu verbreiten. In der Zwischenzeit haben sich eine Reihe universitärer „Offenheitskonzepte“, wie Ulrich Herb sie nennt, etabliert, die nicht nur für die Wissenschaft selbst von Nutzen sind, sondern die auch in den Dienst der Third Mission gestellt werden. Die Palette an Möglichkeiten erstreckt sich von Open Science über Open Source, Open Data, Open Knowledge, Open Review und Open Metrics bis hin zu Open Access.

Gerade für diesen letzten Aspekt hat sich die Universitätenkonferenz und ihr Forum Forschung und Erschließung der Künste im Berichtsjahr stark engagiert. Durch die Gründung – gemeinsam mit dem Wissenschaftsfonds (FWF) – eines einschlägigen Netzwerkes unter dem Akronym OANA wurde die Basis für eine gemeinsame Strategie und methodische Weiterentwicklung eines freien Zugangs zu wissenschaftlichen Publikationen geschaffen. Für die Detailarbeit wurden im Februar 2014 fünf Arbeitsgruppen eingerichtet, die ihre Ergebnisse bei der 2. OANA-Veranstaltung im folgenden Jahr eindrucksvoll präsentieren konnten. Die Grundlagen zum Aufbau von Open Access-Repositoryn werden zurzeit durch die E-Infrastrukturinitiative der österreichischen Universitäten in enger Kooperation mit OANA erarbeitet.

„MODELLPFLEGE“ MIT GEHÄUFTEN AUFGABEN UND KNAPPEN MITTELN

Neuaufgabe im Tauziehen um die künftigen
Leistungsvereinbarungen

Die Knackpunkte für die Leistungsvereinbarungen 2016 bis 2018 beschäftigten das **Forum Budget** der uniko schon kurz nach Jahresbeginn, danach mit zunehmender Intensität. Im Auftrag des Präsidiums hatte das Forum den Mehrbedarf für die drei Jahre detailliert berechnet und diesen mit knapp 1,4 Milliarden Euro für die 21 Universitäten veranschlagt. Nach den ersten Ankündigungen des neuen Bundesministers, der einen Mehrbedarf für den gesamten Hochschulbereich von 1,6 Milliarden Euro angemeldet hatte, wurde im Lauf des Jahres immer deutlicher sichtbar, dass es für die Universitäten mit der Aussetzung des Projekts Studienplatzfinanzierung keine Neuaufgabe der „Uni-Milliarde“ geben wird. Zum Jahresende waren von der zehnstelligen Summe nur noch 615 Millionen Euro zusätzlich zum bisherigen Globalbudget übrig geblieben.

Der Vorsitzende des **Forums Budget**, Vizerektor Franz Wurm, weist darauf hin, dass die vom Forum vorgelegten Zahlen für den unbedingt nötigen Mehrbetrag zur Aufrechterhaltung des laufenden Betriebes nicht weit entfernt von den Berechnungen des Bundesministeriums für Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft (BMWFW) waren. „Aber damit gibt es weder Geld für zusätzliche Vorhaben noch Mittel für größere, dringend erforderliche Bauprojekte“, fügt der Vorsitzende hinzu.

Schließlich galt es zur Jahresmitte in den Gesprächen mit Spitzenbeamten des BMWFW die heiklen Punkte auszuloten. Eine Arbeitsgruppe des Forums hatte vorsorglich eine

Liste für eine „Verschlankung“ der Leistungsvereinbarungen erstellt und diese übermittelt. Allerdings wurde bald klar, was alles an Ministeriumswünschen unter dem Titel „Modellpflege“ in die Leistungsvereinbarungen verpackt und von den Universitäten bei der Umsetzung tunlichst zu berücksichtigen sei: „Dritte Mission“, Technologietransfer, Entrepreneurship, Nachhaltigkeit, Governance, Qualitätsorientierung etc.

Dessen ungeachtet sollten auf Wunsch des Finanzministers die Universitäten ab 2016 rund drei Prozent ihres Budgets (300 Millionen Euro) als Maßnahmen der Effizienzsteigerung nachweisen. Vizerektor Wurm dazu: „Diese Effizienzrate wird sich vielfach zu einem Kürzungs- und Sparprogramm entwickeln müssen, weil die zusätzlichen 615 Millionen Euro zum Teil bereits verplant sind und somit auch nicht mehr zur Gänze für die Aufrechterhaltung des Betriebes zur Verfügung stehen werden.“

Auch abseits der Leistungsvereinbarungen hatten die Mitglieder des **Forums Budget** alle Hände voll zu tun, um allfällige Beeinträchtigungen für das Tagesgeschäft des Universitätsbetriebs hintanzuhalten. Die kritisch verfasste Stellungnahme der uniko zum Entwurf des Umsatzsteuerrechts-Wartungserlasses 2014 war auch Anlass für die Einführung eines „uniko-Steuerradars“, durch das mithilfe von ausgewählten Experten das **Forum Budget** künftig rechtzeitig über sämtliche die Universitäten betreffenden Erlasse informiert werden soll. *mk*



INTERNATIONAL LECTURES ALS KONTAKT- UND WISSENSBÖRSE

Startschuss für Veranstaltungsreihe an Österreichs Universitäten

Gemeinsam mit der Universität Wien und der OeAD-GmbH lancierte die uniko im Sommersemester 2014 die Veranstaltungsreihe *International Lectures: Internationalisierung an österreichischen Universitäten*. Über insgesamt fünf Semester werden die Folgen einer zunehmend internationalen und interkulturellen Realität an verschiedenen Universitäten thematisiert. Dabei spielen die spezifische Expertise und lokalen Besonderheiten an den Partneruniversitäten Graz, Innsbruck, Klagenfurt, Salzburg und Wien eine entscheidende Rolle.

20

Die Veranstaltungsreihe ist als Ort für Wissensaustausch, für themenspezifische Vorträge, Kommentare und Diskussionen zum Themenschwerpunkt „Internationalisierung der Universitäten“ sowie für Kontakt und Vernetzung gedacht. Im Zusammenhang damit stehen Fragen der weiteren Internationalisierung von Forschung, Lehre und Curricula sowie auch aktuelle universitäre Themen mit internationaler Relevanz. Die Einbindung der Studierenden wird durch die Kooperation mit der Bundesvertretung der Österreichischen Hochschülerinnenschaft sichergestellt.

Bei der Auftaktveranstaltung zum Sommersemester 2014 an der Universität Wien diskutierten hochrangige Expertinnen und Experten rechtliche Fragen zur Öffnung der Universitäten für internationale Studierende und Forschende sowie deren Integration in die Universität und andere Forschungs- und Bildungslandschaften. Bei der

ersten Lecture referierte Hans de Wit (Amsterdam University of Applied Sciences) über institutionelle Strategien und gab einen Überblick über Trends der Internationalisierung in Europa. Der Vortrag von Paul Mecheril (Universität Oldenburg) hinterfragte das Konzept der Internationalisierung vor dem Hintergrund der Erfahrungen des Studiengangs „Interkulturelle Bildung und Beratung“.

Die *International Lectures* im Wintersemester 2014/15 an der Universität Innsbruck waren insbesondere Fragen der Internationalisierung im regionalen Umfeld gewidmet. Den Anfang machte Jos Beelen (Amsterdam University of Applied Sciences), der über „Internationalisation of the Curriculum“ und den damit einhergehenden Chancen und Hindernissen sprach. Im ersten Diskussionsforum beschäftigten sich Vertreterinnen und Vertreter der Europaregion Tirol-Südtirol-Trentino mit der Zusammenarbeit der Bildungs- und Forschungseinrichtungen in der euroregionalen Praxis.

Für die weitere Entwicklung des Projekts ist die engagierte Mitarbeit von Angehörigen verschiedener Universitäten essenziell, die konkrete Fragestellungen, regionale Perspektiven und aktuelle Herausforderungen einbringen. Die Vorträge, Diskussionen und Respondeen der *International Lectures* werden nach Möglichkeit auf Video dokumentiert und können auf der Projektwebseite www.international-lectures.at und unserem YouTube-Kanal abgerufen werden.

MINISTERIELLER SCHULTERSCHLUSS FÜR AUSLÄNDISCHE STUDIERENDE

Tagung mit Regierungsbeteiligung, Plattform und Workshops für die globale Universitätsperspektive

Das **Forum Internationales** der uniko hatte im Hintergrund tatkräftig mitgewirkt: Gleich zwei ÖVP-Regierungsmitglieder, Vizekanzler Reinhold Mitterlehner und Außenminister Sebastian Kurz, waren am 5. November angetreten, um gemeinsam mit dem Gastgeber und Präsidenten der Wirtschaftskammer (WKO), Christoph Leitl, sowie uniko-Präsident Heinrich Schmidinger in einer Pressekonferenz eine Lanze für ausländische Studierende in Österreich zu brechen. Unisono sprachen sich alle vier für eine Weiterentwicklung der Rot-Weiß-Rot-Karte und deren Ausweitung auf Bachelor-Absolventinnen und -Absolventen aus. „Es muss das Bewusstsein gestärkt werden, dass es sich lohnt in Österreich zu bleiben“, hielt Schmidinger fest.

Auf der anschließenden Tagung zum Thema *Brain Drain – Brain Gain?* machte der uniko-Präsident auch auf einen politischen Aspekt aufmerksam, nämlich die unterschätzte Rolle der Universitäten für die Zuwanderung und bei der Integration von Menschen aus dem Ausland. Was der Vorsitzende des uniko-**Forums Internationales**, Vizerektor Heinz Faßmann, im Rahmen der Podiumsdiskussion nur unterstreichen konnte: „Die Universitäten sind Magnete der Zuwanderung qualifizierter Menschen und gleichzeitig Motoren der Integration.“ Gleichzeitig lenkte er den Blick darauf, dass die politische Diskussion über die Ausgestaltung der Zuwanderung nach wie vor von den Sozialpartnern

bestimmt wird. „Angesichts der Bedeutung der studentischen Zuwanderung ist die sozialpartnerschaftliche Dominanz nicht mehr zeitgemäß. Neue Strukturen sind in dem Zusammenhang notwendig“, fügte er hinzu.

Ein Teil dieser neuen Struktur ist das „Forum Fremdenrecht“, welches regelmäßig Vertreterinnen und Vertreter dreier Ministerien (Inneres, Arbeit und Soziales, Europa, Integration und Äußeres), der Wiener Magistratsabteilung 35 und der Hochschulen zusammenbringt, um anhand konkreter Einzelfälle eine allgemeine Systemverbesserung zu erzielen. Auch 2014 waren die Beteiligten an dieser Plattform damit beschäftigt, nachhaltige Lösungen für die Beseitigung von Mobilitätshindernissen zu finden, etwa bei systematischen Fehlinformationen oder bei Problemen mit Visa-Anträgen für Studierende und wissenschaftliches Personal.

Positiven Nachhall bei den Mitgliedern des **Forums Internationales** erzeugten das im Jahr zuvor ins Leben gerufene „Internationalisierungs-panorama“ und die Workshops der Universitäten zur strategischen Ausrichtung und zum neuen Unternehmenskonzept der OeAD-GmbH (Österreichischer Austauschdienst). Die Universitäten brachten dabei nachdrücklich ihre Erwartungen an die zukünftig zu erbringenden Leistungen des OeAD ein, von dem eine stärkere Serviceorientierung erwartet wird. *mk*

21



SERVICE, APP AND NETWORKING: WILLKOMMENSKULTUR FINDET STATT

TU Graz baut zentrale Beratungsstelle für
Internationals auf

22 Ausgehend von der Initiative EURAXESS der Europäischen Kommission sind europaweit Informations- und Servicestellen für mobile Forschende eingerichtet worden, die umfassende Unterstützung bei Themen wie Visum, Arbeitslaubnis, Unterkunftssuche, Förderungen, Dual Career und vielen mehr bieten. Federführende Arbeit leisten hierbei die sogenannten „Welcome Centers“, die nach mehreren Ausschreibungen der Alexander von Humboldt-Stiftung an vielen deutschen Universitäten eingerichtet wurden. Seit zwei Jahren wird auch auf politischer Ebene der Begriff „Willkommenskultur“ verstärkt diskutiert, um die Attraktivität des Landes für internationale Forschende zu steigern und Beziehungen nachhaltiger zu pflegen.

In Österreich wurde das Thema „Willkommenskultur“ in das letzte Regierungsprogramm aufgenommen und auf Beschluss des ERA Policy Forum Austria im Sommer 2014 eine „Arbeitsgruppe Willkommenskultur“ eingerichtet. „Willkommenskultur“ und „Welcome Center“ sind ebenso erstmals im Arbeitsbehelf des Wissenschaftsministeriums für die Leistungsvereinbarungen 2016 bis 2018 zu finden.

Die TU Graz hat diesbezüglich bereits 2014 die Weichen gestellt und im Rahmen des strategischen Projekts „Internationalisierung“ ein Welcome Center als zentrale Beratungs- und Servicestelle für internationale Mitarbeitende, Gäste, aber auch internationale Studierende eingerichtet. Das Service umfasst eine fachkundige

Beratung und gezielte Unterstützung bei der Planung, Vorbereitung und Durchführung des Aufenthalts.

Als innovatives Unterstützungstool wird den Internationals eine eigene Welcome@TUGraz-App zur Verfügung gestellt, die wertvolle Informationen rund um Leben, Arbeiten und Studieren in Graz liefert. Darüber hinaus gilt es, soziale und kulturelle Anknüpfungspunkte herzustellen mit Veranstaltungen und Sprachkursen bis hin zum Kennenlernen von Region und Bevölkerung. Das Welcome Center bietet hier Get-togethers, Ausflüge sowie themenspezifische Workshops (Fremdenrecht, interkulturelle Trainings) und schickt Newsletter aus.

Damit wird die Willkommenskultur an der TU Graz gestärkt und den Neuankömmlingen das „Ankommen“ und „sich Wohlfühlen“ erleichtert. Als ehemalige Mitarbeiterin der uniko sehe ich den Aufbau des Welcome Centers mit innovativen Ideen und die tägliche Arbeit mit verschiedenen Kulturen als sehr spannende Herausforderung.

Derzeit sind rund 500 Angestellte aus fast 50 Nationen an der TU Graz tätig (ohne Werkverträge), zudem gibt es mehr als 2.000 internationale Studierende (ohne Austauschstudierende) aus 75 Nationen an der TU Graz. Nach zehn Monaten haben knapp 400 Personen aus über 60 Nationen das Service in Anspruch genommen.

WISSENSCHAFTLICHE RESULTATE IN DER RASTERFAHNDUNG

Universitäten im Dienste von Ministerium,
Open Access und Wissenstransfer

Bereits vor der Halbzeit der laufenden dreijährigen Budgetperiode warfen die Vorbereitungen zu den Leistungsvereinbarungen für die Jahre 2016 bis 2018 ihre Schatten auch für das **Forum Forschung** der uniko voraus: Als Verhandlungspartner war es dem Bundesministerium für Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft (BMFWF) ein Anliegen, die gesamte Forschung einer Universität in einem Raster erfassen zu können – von ERC-Grants, außeruniversitärer Forschung, Doktoratskollegs bis zu Beteiligungen an internationalen Netzwerken. Die Vorsitzende des Forums, Vizerektorin Gabriele Anderst-Kotsis, äußerte sich dazu eher ambivalent: „Ein solches Raster mag zwar einen ersten Blick auf das Forschungsprofil einer Universität erlauben, darf aber nicht mit einer Evaluierung der Forschungsleistung verwechselt werden. Die muss immer auf fachlich-inhaltlicher Ebene durchgeführt werden.“

Einmal mehr richtete sich der Fokus des **Forums Forschung** auf das Thema *Open Access*, somit auf freien Zugang zu wissenschaftlicher Literatur, dem die uniko im Übrigen kurz nach dem Jahreswechsel 2014/15 in einem eigenen Workshop in Wien breiten Raum gab. In Zusammenarbeit mit dem Open Access Netzwerk Austria (OANA) suchte das Forum nach Modellen, die den Universitäten einen realistischen Umstieg vom derzeitigen Subskriptionssystem aufzeigen. Die ersten Ergebnisse fanden bei einer Veranstaltung der OANA –

die uniko stellt hier vier Mitglieder des Kernteams – reges Interesse.

23 Mit Genugtuung beobachtete das **Forum Forschung** die Fortschritte bei einem seiner bevorzugten Projekte, den Wissenstransferzentren, die im August 2014 ihre Arbeit aufgenommen haben, um die Verwertung wissenschaftlicher Erkenntnisse aus Universitäten und Forschungseinrichtungen zu beschleunigen. Erstmals sind dabei auch Förderungsmöglichkeiten für die Geistes-, Sozial- und Kulturwissenschaften möglich. Insgesamt wurden in der ersten Ausschreibungsrunde 16 Kooperationsprojekte von einer internationalen Kommission zur Förderung empfohlen und vom BMFWF genehmigt. Mit der Schaffung von drei regionalen Wissenstransferzentren (Ost, Süd und West) sowie einem thematischen Wissenstransferzentrum im Life Sciences-Bereich sollen Anreize für Universitäten und öffentliche Forschungseinrichtungen gesetzt werden, um den Wissenstransfer von der Wissenschaft in die Wirtschaft und Gesellschaft weiter zu intensivieren.

Resümee von Vizerektorin Anderst-Kotsis: „Dank eines sehr kooperativen und konstruktiven Klimas im **Forum Forschung** konnten wir 2014 eine Reihe von gemeinsamen Vorhaben umsetzen, ich freue mich schon auf die neuen Herausforderungen!“ Daran wird es 2015 im Zuge der Gespräche über die Leistungsvereinbarungen gewiss nicht mangeln. *mk*



BOLOGNA UND DIE K(N)ÖPFE IN DEN KONTAKTSTELLEN

Städtenamen und Communiqués ersetzen
nicht das Länder-Feedback

In regelmäßigen Abständen kommen seit 1999 europäische Bildungsministerinnen und -minister aus immer mehr Ländern zusammen, um sich über die (Folge-) Aktionspunkte der Bologna-Reform auszutauschen und diese voranzutreiben. Die Städtenamen der Treffen – Bologna, Berlin, Bergen oder Budapest – spiegeln unterschiedliche Kulturen, Sprachen und Bildungssysteme wider. Die von den Bologna-Communiqués angestrebte Konvergenz der unterschiedlichen Hochschulsysteme wird durch eine ähnliche Studienstruktur forciert.

24

Wo kommen diese Ideen her und wer zeichnet (abgesehen von der Unterschrift der Ressortzuständigen) verantwortlich für die Inhalte der Communiqués?

Alleine die Entstehungsgeschichte der *Sorbonne-Deklaration* (1998) zeigt, dass nicht von Anbeginn an eine Initiative vorhanden war, sondern dass diese erst im Laufe der Vorbereitungsarbeiten entstand. Ausschlaggebend war das 800-Jahr-Jubiläum der Pariser Sorbonne Universität, in dessen Rahmen der damalige französische Minister Claude Allègre eine europäische Initiative verkündete. Die Idee, ein *Europa der Universitäten*¹ zu gründen, entwickelte sich erst im Laufe der Zeit. Zur Initiative wurden nur drei andere große Länder eingeladen: Deutschland, Italien und England. Die für Hochschulen zuständigen Minister stimmten der Initiative – aus unterschiedlichen Motivationen – zu.

Als Gegenreaktion wurde von den nicht involvierten Ländern die Bologna-Deklaration geplant. Die in regelmäßigen Abständen verabschiedeten Communiqués werden zwar von den Fachministern und -ministerinnen der am Bologna-Prozess teilnehmenden Länder unterzeichnet, in den eigentlichen Verhandlungs- und Schreibprozess sind jedoch andere Personen involviert.

Bereits zu Beginn der Bologna-Reform hatten sich die Minister auf ein Follow-up geeinigt, das im Laufe der Zeit ausgefeiltere Formen annahm. Im November 1999 fand das erste Treffen von nationalen Kontaktpersonen statt, die jeder Signatarstaat nominieren sollte. Aufgabe der nationalen Kontaktstellen wäre es, die entsprechenden Themen, Papiere und letztendlich Communiqués innerhalb ihrer Nationalstaaten rückzukoppeln, sodass eine entsprechende Einbettung und Teilhabe ermöglicht werden kann. Dies findet allerdings in unterschiedlichem Ausmaß statt. Was schade ist, da nur durch entsprechende Einbeziehung und Diskussion eine derart groß angelegte Reform von den betroffenen Akteuren und Akteurinnen gut verstanden, mitgetragen und weiterkommuniziert werden kann.

¹ Claude Allègre, *University Autonomy, Academic Accountability and European Integration*, In: *Observatory, Autonomy and Responsibility. The University's Obligation for the XXI Century* (September 2001), p. 17f.

VIelfältige KONSENSSUCHE MIT NEUEN UND ALTEN PARTNERN

Lehramtsstudium im Praxistest, Studieneingang
und Umgang mit Plagiaten am Prüfstand

Die ursprüngliche Skepsis der Universitätenkonferenz, speziell des **Forums Lehre**, das 2013 beschlossene Regierungsprojekt der neuen, gemeinsamen Ausbildung von Pädagoginnen und Pädagogen betreffend, war nicht unberechtigt. Nach den Vorbereitungen für die Umsetzung an Pädagogischen Hochschulen (PHs) und Universitäten stellte sich bald heraus, dass eine Reihe von Fragen rechtlicher und finanzieller Natur rund ums Lehramtsstudium nach wie vor ungeklärt ist. Vor allem die studienrechtlichen Rahmenbedingungen für gemeinsame Studien waren nicht gegeben, wie Forumsvorsitzender, Vizerektor Martin Polaschek, bestätigt: „Mit der Novelle des Universitäts- und des Hochschulgesetzes vom Jänner 2015 wurde ein erster Schritt getan, es gibt aber noch einiges zu tun. Außerdem ist die Frage der Mehrkosten weiterhin nicht geklärt.“

Die vom Gesetzgeber geforderte Kooperation von PHs und Universitäten gewann zwar in einigen Bundesländern an Dynamik, die Erfolgsaussichten würden jedoch, so die Einschätzung des Forums, stark von den Rahmenbedingungen abhängen. Bei einer gemeinsamen Sitzung mit dem neu geschaffenen Qualitätssicherungsrat gelang es den Mitgliedern des **Forums Lehre** immerhin das Problembewusstsein zu schärfen, vor allem in Bezug auf die Kompatibilität von Hochschulgesetz und Universitätsgesetz; was nicht zuletzt für die Frage, an welcher Institution die Zulassung und wie der

Austausch der Studierendendaten zu erfolgen hat, von entscheidender Bedeutung sein wird.

Wichtige Vorarbeiten lieferte das **Forum Lehre** auch für den Evaluierungsbericht zu der 2011 im Universitätsgesetz (UG) installierten Studieneingangs- und Orientierungsphase (STEOP), der im Frühjahr 2015 veröffentlicht und dem Nationalrat vorgelegt wird. Die STEOP zielt darauf ab, Studierwillige zu einer intensiveren Auseinandersetzung mit der Studienwahl zu veranlassen sowie den Universitäten die Planung des Lehrangebots zu erleichtern. In die vom Wissenschaftsressort beauftragte Evaluierung sind neben den Universitäten auch die Senate und die Österreichische Hochschüler/innenschaft (ÖH) eingebunden.

Auch die Vorbereitung der uniko-Tagung zum Thema Plagiate am 16. Oktober war für die Mitglieder des **Forums Lehre** mit einigem Aufwand verbunden, der sich angesichts der medialen Resonanz durchaus lohnte. Die bei der Tagung erhobene Forderung von uniko-Präsident Heinrich Schmidinger nach einer „Nachschärfung“ der gesetzlich vorgesehenen Bestimmungen fiel auf fruchtbaren Boden. Selbstredend wurde das **Forum Lehre** seinem Namen mehr als gerecht, als es 2014 um den Beitrag für die „Empfehlungen der Hochschulkonferenz zur Verbesserung der Qualität der hochschulischen Lehre“ ging, dessen Veröffentlichung für das erste Quartal 2015 angesetzt war. *mk*

25



GEZIELTE PERSONALAUSWAHL ERÖFFNET KARRIERE-OPTIONEN

Fünf Jahre Kollektivvertrag: Mehr Chancen für die besten Köpfe

Das gern angestimmte Klagelied über die Arbeitsbedingungen und Karriereaussichten für den wissenschaftlichen Nachwuchs an Österreichs Universitäten erfordert einen Einspruch. In dem Stimmengewirr über Stellenbefristung und fehlende Perspektiven geht bisweilen unter, dass mit Abschluss des Universitäts-Kollektivvertrags (KV) 2009 im Zuge der Umsetzung der UG-Reform wissenschaftliche und künstlerische Laufbahnstellen entwickelt wurden, die einen Bruch mit Usancen vergangener Jahrzehnte mit sich brachten.

26

Anders als noch um die Jahrhundertwende und davor ist heute nicht mehr das Bundesministerium Dienstgeber, sondern die Universität. In dieser Position nimmt die Alma Mater nunmehr eine gezielte, an Leistungskriterien orientierte Personalauswahl mit einer beidseitig verbindlichen Qualifizierungsvereinbarung vor. Zur Erinnerung: Vor dem KV war der Einstieg in die wissenschaftliche Karriere vielfach durch zufällige Verfügbarkeit des Postens geprägt, was den betreffenden Personen, sobald sie Teil des Systems waren, den Verbleib ermöglichte, abgesichert durch das Beamtendienstrecht; Neuzugänge von möglicherweise besseren Köpfen waren damit blockiert. Nach der Dienstrechtsnovelle 2001 stehen mit dem seit mehr als fünf Jahren geltenden KV auch wieder Karrierestellen zur Verfügung. Die KV-Eckpunkte werden durch die spezifischen Regelungen der jeweiligen Universitäten (Kunst, Medizin, Technik usw.) ergänzt und erlauben es diesen, gezielt die „besten Köpfe“ anzusprechen.

Mit dem neuen Instrument der Qualifizierungsvereinbarung (QuV) werden Zielvorgaben festgelegt – ebenso, welche Unterstützung die Universität vorzusehen hat. Wer das Ziel erreicht, „professoral“ zu werden, gehört der Gruppe der „Assoziierten Professoren/innen“ an, die gemäß KV ähnliche Rechte und Pflichten wie die Gruppe der Universitätsprofessoren/innen haben. Rund 480 Personen umfasst diese Kategorie bereits, mit weiteren 560 Personen wurde eine QuV abgeschlossen.

Mit Inkrafttreten des KV für Arbeitnehmer/innen der Universitäten Ende 2009 wurden erstmals die unterschiedlichen Personalkategorien in einer Regelung zusammengefasst. Das zersplitterte „Arbeitsrecht“ (Beamtendienstrecht, Vertragsbediensteten-Gesetz, Univ.-Abgeltungsgesetz, Drittmittelforschung) wurde in eine einheitliche, konsistente Personalstruktur und in einem Gehaltsschema zusammengefasst. Entsprechend dem Auftrag des Universitätsgesetzes sieht es auch eine Altersvorsorge für die Mitarbeiter/innen vor.

Österreichs Universitäten bemühen sich nach wie vor, dem wissenschaftlichen Nachwuchs eine Palette von Karriereoptionen anzubieten. Bei einer stagnierenden Grundfinanzierung stehen derartige Stellen allerdings nur in begrenzter Anzahl zur Verfügung. Universitäten im 21. Jahrhundert sind verpflichtet, auch die Aspekte der Internationalität und des Wettbewerbs ausgewogen einzubringen.



NEUJAHRSEMPFANG. Der frisch ernannte Wissenschaftsminister Reinhold Mitterlehner wird am 7. Jänner anlässlich seines ersten Auftritts vor den versammelten Mitgliedern der Universitätenkonferenz (uniko) von Präsident Heinrich Schmidinger in den Räumen der Raiffeisen Zentralbank in Wien begrüßt; im Bild rechts oben der Minister, flankiert vom Gastgeber Karl Sevelka, dem Vorstandsvorsitzenden der Raiffeisen Bank International, und vom uniko-Präsidenten.



JAHRGANGSSTUDIEN. Der vormalige und der amtierende Präsident der uniko, die Rektoren Christoph Badelt und Heinrich Schmidinger, rüsten sich für die Fragen bei der Pressekonferenz anlässlich der Präsentation der IHS-Studie „Dropouts – Wege nach dem Abgang von der Universität“ am 5. Juni in Wien.



JAHRESLICHTBLICK. „Die Potenziale von internationalen Studierenden für Österreichs Wirtschaft und Wissenschaft heben“: uniko-Präsident Heinrich Schmidinger, Vizekanzler Reinhold Mitterlehner, Wirtschaftskammer-Präsident Christoph Leitl und der Bundesminister für Europa, Integration und Äußeres, Sebastian Kurz, präsentieren bei der Pressekonferenz in der WKO am 5. November ein gemeinsames Anliegen.



JAHRESBILANZ. Rückblick und Ausblick auf die Budgetperiode ab 2016 bei der Pressekonferenz anlässlich der uniko-Plenarversammlung am 15. Dezember an der Universität für Bodenkultur mit Hausherrn und Boku-Rektor Martin Gerzabek, Präsident Heinrich Schmidinger und Generalsekretärin Elisabeth Fiorioli.



JAHRESTAGUNG. Das traditionelle trilaterale Treffen der deutschsprachigen Rektorenkonferenzen wurde am 25. und 26. September an der Universität Innsbruck absolviert; im Bild von links nach rechts: Gastgeber Rektor Tilmann Märk, die Präsidentin von swissuniversities, Martine Rahier, der Präsident der deutschen Hochschulrektorenkonferenz (HRK), Horst Hippler, und uniko-Präsident Heinrich Schmidinger.

27



DIE KUNST ALS INSTRUMENT DER GEISTIGEN OFFENHEIT

Plädoyer für radikalen Umbau europäischer
Bildungssysteme

Bildung, Wissenschaft und Kunst sind die Wegbereiter der Europäischen Aufklärung. Jene Aufklärung, die Werte wie Meinungsfreiheit, Trennung von Religion und Staat und Toleranz hervorbrachte. Für die Europäische Union bezweckt Bildung heute die Herstellung von *employability*, und die wichtigste Aufgabe der Universitäten liege darin, Europa zur „most competitive and dynamic knowledge-based economy in the world“ zu machen. Kunst und Kultur wird nur unter dem Aspekt der Creative Economy Platz eingeräumt.

28

Während in letzter Zeit vermehrt von „abendländischen Werten“ wie Demokratie, Aufklärung, Toleranz und Meinungsfreiheit gesprochen wird, entlassen die europäischen Bildungssysteme immer mehr frustrierte Personen, die mit diesen Werten nichts anfangen können oder sie gar mit Gewalt bekämpfen. Jetzt, da dieser Kampf im Herzen Europas seine grauenhafte Fratze zeigt, sollte doch klar geworden sein, dass die Fixierung auf eine Wirtschaftsunion in eine Sackgasse führt – an deren Ende die Mauer steht, gegen die das Projekt Europa mitsamt den „abendländischen Werten“ gefahren wird.

Jetzt, da verzweifelt gefragt wird, wie es so weit kommen konnte, dass in Europa ausgebildete und aufgewachsene Bürgerinnen und Bürger mit den Worten „Gott ist groß“ Menschen abschlachten, sollte die mit dem Mantra „MINT“ (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften,

Technik) gepredigte Doktrin, Universitäten als Zulieferbetriebe für die Wirtschaft zu sehen, als gefährlicher Irrweg erkannt und verworfen werden.

Nach all den Bekenntnissen zu Freiheit und Demokratie sind Taten gefragt. Es braucht neue Rahmenbedingungen für künstlerische und wissenschaftliche Beiträge zur Stimulierung des gesellschaftlichen Wertediskurses aufseiten der Aufklärung. Nicht, dass Kunst und Kultur die EU retten könnten. Aber es ist höchste Zeit, Kunst und die seit Langem in die Krise geredeten Geisteswissenschaften als Instrumente der Aufklärung, der Toleranz und der geistigen Offenheit zu sehen und entsprechend zu handeln.

Wagen wir einen radikalen Umbau der europäischen Bildungssysteme auf allen Ebenen: Verankern wir Kunst und Geisteswissenschaften als Bildungsinhalte in Schulen und Universitäten und betreiben wir die ernsthafte Integration von künstlerischen und geisteswissenschaftlichen Bildungsinhalten in technischen und ökonomischen Bildungszweigen. Aufklärung, Toleranz und Menschenrechte werden zu den wichtigsten Bildungszielen.

Kunst und Geisteswissenschaften verändern nicht die Welt, aber sie generieren und transportieren Werte, die Menschen beeinflussen. Und es sind die Menschen, die unsere Welt verändern.



SPITZENLEISTUNGEN UNTER SUBOPTIMALEN BEDINGUNGEN

Drei autonome Medizin-Universitäten
mit steigender Reputation

2014 feierten die Medizinischen Universitäten in Graz, Innsbruck und Wien ihre 10-Jahr-Jubiläen. Mit Beginn 2004 hatten sie als Medizinische Fakultäten ihre Autonomie von den jeweiligen allgemeinen Universitäten erlangt. Und alle drei haben sich in dieser kurzen Zeit als junge, eigenständige Universitäten eine hohe, internationale Reputation erarbeitet.

Die MedUni Graz etwa verfügt über die größte Biobank Europas und ist Headquarter des nationalen Biobanknetzwerks sowie Sitz der europäischen Biobank-Forschungsinfrastruktur. Die MedUni Innsbruck ist gemeinsam mit der Innsbrucker Universitätsklinik der führende Medizin-Standort und die bedeutendste Bildungseinrichtung in Westösterreich mit vielen Studierenden aus Tirol, Südtirol und Vorarlberg. Und die MedUni Wien zeigte sich passend zum Jubiläum in den internationalen Uni-Rankings so gut wie noch nie platziert und zählt im renommiertesten Ranking, dem „Times Higher Education“, erstmals zu den 50 besten Medizinischen Hochschulen der Welt und rangiert in der Kategorie „Clinical, Pre-Clinical and Health“ auf Platz 49. Außerdem liegt Österreichs größte Medizinische Universität damit auf Position 14 unter den europäischen Medizinischen Hochschulen und auf Platz drei unter den deutschsprachigen Medizin-Universitäten.

Der hervorragende Ruf der Medizinischen Universitäten in Österreich macht Wien, Innsbruck und Graz seit Jahren

als Locations für viele nationale und internationale Kongresse in Wissenschaft und Forschung interessant. Wien gehört seit Jahren generell zu den weltweit beliebtesten Kongressstädten, viele der bedeutendsten medizinischen Kongresse finden in der Bundeshauptstadt, immer mehr Top-Veranstaltungen mittlerweile aber auch in Graz und Innsbruck statt.

Dass die jungen Medizinischen Universitäten in Österreich heute als eigenständige Einrichtungen national und international bekannt und anerkannt sind, ist das Ergebnis harter Arbeit in Forschung, Klinik und Lehre. Das ist deshalb umso erfreulicher, da die Spitzenleistungen unter keineswegs optimalen Rahmenbedingungen erbracht werden. Immer wieder gelingt es österreichischen Forscherinnen und Forschern, mit Leistungen in der medizinischen Wissenschaft und deren Anwendung in der Praxis an der Weltspitze anzuklopfen.

Wenn aber in der medizinischen Forschung und Patientinnen- und Patientenversorgung weiterhin und nachhaltig Spitzenleistungen in Österreich erbracht werden sollen, dann muss sich auch die österreichische Politik noch mehr als bisher zur Spitzenforschung bekennen und die nötigen Mittel zur Verfügung stellen.

29



EIN BLOG MIT TIEFENSCHÄRFE UND OHNE SCHEUKLAPPEN

Schrödingers Katze: leichtfüßig, schnurrend,
von Universitäten gefüttert

Im September war es erstmals leise zu vernehmen – das Schnurren von Schrödingers Katze. Wie der prominente Namensgeber war auch der Wissenschaftsblog ein Experiment. Anders als bei Erwin Schrödingers Versuch schlägt das Pendel des Blogs allerdings recht eindeutig aus: Lebendig ist sie, die kleine Katze. Ein Kätzchen mit Entwicklungspotenzial. Dahinter steht die Idee, jungen Menschen Wissenschaft und Forschung spannend und unterhaltsam zu vermitteln.

30

Die uniko möchte mit dem Blog abseits universitätspolitischer Initiativen Impulse setzen. Nicht tagesaktuell, sondern mit einem besonderen Blick und mit Fragestellungen, die im täglichen Presse-Karussell zu kurz kommen; mit Hauptdarstellerinnen und -darstellern, die nicht immer die großen Stars der Wissenschaft sind, und langsamen Einstellungen, die auf Tiefenschärfe setzen. Die Katze trägt dabei keine Scheuklappen. Im Gegenteil: Technik, Kunst, Geisteswissenschaften, Medizin – je abwechslungsreicher das Angebot, desto kurzweiliger und besser. Die einzige Konstante in den Beiträgen ist der Österreich-Bezug.

Das Futter für die Katze kommt meist von den Universitäten. Ihre Forschungsergebnisse, Veranstaltungen oder Ausstellungen sind der Stoff, aus dem wir Geschichten machen. Ob ein Nobelpreisträger an der Universität Wien, ein Professor aus dem erlauchten Kreis der „Hot Scientists“, ein Saxofonist der Kunstuniversität Wien

oder eine Sub Auspiciis-Dissertantin der Universität Graz – die Themenpalette ist breit, und sie soll es weiterhin bleiben.

Schrödingers Katze möchte leichtfüßig durch die nicht immer für alle verständliche Welt der Wissenschaft streuen, Interessantes aufgreifen und Geschichten erzählen, die ein junges Publikum, das noch nie an einer Universität war, kurz ins Staunen oder Nachdenken versetzen können. Wenn der Erdbebenforscher aus Innsbruck oder die Fulbright-Studentin aus Chicago über ihre Arbeit, Freudensprünge und Rückschläge sprechen, dann wird Wissenschaft greifbar und lebendig. Laut Studien interessiert sich die Generation der *Millenials* – die Geburtsjahrgänge von 1982 bis 2004 – mehr für Fortschritt und Wissenschaft als so manche Generation vor ihr.

Neue Erkenntnisse sind hip, darüber Bescheid zu wissen noch mehr. Genau diese Zielgruppe der jungen Interessierten will Schrödingers Katze ansprechen. Dort, wo sie sind: auf Facebook, Twitter und über den Blog. Im Ton ungezwungen versucht der Blog, der hehren Wissenschaft unverkrampft, direkt und spielerisch beizukommen. Einen österreichischen Wissenschafts-Blog speziell für junge Menschen hat es noch nicht gegeben. Bisher geht die Idee auf. Dabei versteht sich Schrödingers Katze als Ergänzungsangebot zur Pressearbeit der Universitäten – als „feline Drehscheibe“ und virtueller Verstärker.
www.schroedingerskatze.at

IN DER ZEITSCHLEIFE: BUDGETNÖTE UND MEDIALER GEFECHTSLÄRM

Notizen zu zehn Jahren Pressearbeit für Rektoren-
und Universitätenkonferenz



„Budgetnöte: Rektoren für Konsenslösung“: So lautete der Titel für die erste Presseaussendung der Rektorenkonferenz, die ich am 22. Oktober 2004 als frisch angestellter Pressereferent ins Originaltext-Service (OTS)-Netz der APA senden durfte. Die Regierung wurde aufgefordert, „die Investitionslücke von 100 Millionen Euro rasch zu schließen“. Gezeichnet: Präsident Georg Winckler, Vizepräsident Manfred Gantner.

Zehn Jahre und 209 Aussendungen später fiel die Überschrift für die OTS-Meldung der uniko (vormals Rektorenkonferenz) am 15. Dezember 2014 etwas länger aus: „Schmidinger zu Uni-Budget: Steigerung anerkennenswert, dennoch offene Fragen.“ Die Unklarheiten bezogen sich auf die Einrechnung eines allfälligen dreistelligen Millionenbetrags, der als Folge der eben verhandelten Medizinerlagen das Universitätsbudget schmälern könnte. Angesichts anhaltender Unterfinanzierung der Universitäten erscheinen die Fragen berechtigt: Bewegen wir uns seit zehn Jahren in der Zeitschleife? Und welchen Sinn hat angesichts der ewigen Wiederkehr des gleichen Budgetproblems die klassische Pressearbeit?

Im Wettbewerb um die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit könnten sich das auch die politischen Parteien fragen, speziell jene in der Opposition. Als Beispiel mögen zwei OTS aus dem grünen Parlamentsklub dienen: „Grünwald: Unerträgliche Schaumschlägerei um Universitätsbudgets“, so der Titel vom Oktober 2004

(damals unter Schwarzblau); „Maurer: Uni-Budget droht zur Mogelpackung zu werden“, so die Schlagzeile im Dezember 2014 (unter Rotschwarz). Also, nichts bewirkt in zehn Jahren ständigen Trommelwirbels?

So wie die Opposition nicht müde wird, ihrer parlamentarischen Rolle gerecht zu werden und die Regierenden zu kontrollieren, so darf sich auch die uniko in ihrem Selbstverständnis nicht beirren lassen: nämlich die Universitäten bei der Erfüllung ihrer Aufgaben zu unterstützen und notfalls gegen die Bundesregierung oder das zuständige Ministerium Stellung zu beziehen – öffentlichkeitswirksam und nach Maßgabe des Präsidenten bzw. des Präsidiums. Dabei die richtige Balance im medialen Gefechtslärm zu finden, bleibt eine Gratwanderung, unabhängig von Zurufen wie „Mehr davon“ oder „Nicht schon wieder“.

Seit Oktober 2004 waren in Qualitätsblättern wie DER STANDARD und DIE PRESSE mehr als zwei Dutzend Aufmacher zu finden, mit knalligen Lettern wie *Rektoren werfen Regierung Gesetzesbruch vor*. In bestimmten Zeitfenstern lässt sich damit etwas bewirken. Gleiches gilt für den Output von uniko-Pressekonferenzen – 40 allein in den letzten fünf Jahren, davon 16 unter Präsident Heinrich Schmidinger – und einer mittlerweile dreistelligen Zahl von ausführlichen Interviews der jeweiligen Vorsitzenden in fast sämtlichen Tageszeitungen, inklusive Radio und TV. Auch wenn es 2015 wieder ums Budget gehen wird: Wir bleiben dran!

31

ORGANE DER UNIVERSITÄTENKONFERENZ 2014

PRÄSIDENT

Heinrich Schmidinger
Universität Salzburg

PRÄSIDIUM

Gerald Bast
Vizepräsident
Universität für angewandte Kunst Wien

Christoph Badelt
Wirtschaftsuniversität Wien

Heinz Engl
Universität Wien

Sonja Hammerschmid (kooptiert)
Veterinärmedizinische Universität Wien

Christa Neuper
Universität Graz

Wolfgang Schütz
Medizinische Universität Wien

Sabine Seidler
Technische Universität Wien

PLENARVERSAMMLUNG

Universität Wien
Rektor Univ.-Prof. Dipl.-Ing.
Dr. Heinz Engl

Medizinische Universität Wien
Rektor Univ.-Prof. Dr. Wolfgang Schütz

Universität Graz
Rektorin Univ.-Prof. Dr.in Christa Neuper

Medizinische Universität Graz
Rektor Univ.-Prof. Dr. Josef Smolle

Universität Innsbruck
Rektor Univ.-Prof. Dr. Tilmann Märk

Medizinische Universität Innsbruck
Rektorin Univ.-Prof. Dr.in Helga Fritsch

Universität Salzburg
Rektor Univ.-Prof. Dr. Heinrich Schmidinger

Technische Universität Wien
Rektorin Univ.-Prof. Dipl.-Ing. Dr.in Sabine Seidler

Technische Universität Graz
Rektor Univ.-Prof. Dipl.-Ing. Dr. Harald Kainz

Montanuniversität Leoben
Rektor Univ.-Prof. Dipl.-Ing. Dr. Wilfried Eichlseder

Universität für Bodenkultur Wien
Rektor Univ.-Prof. Dipl.-Ing. Dr. Martin H. Gerzabek

Veterinärmedizinische Universität Wien
Rektorin Dr.in Sonja Hammerschmid

Wirtschaftsuniversität Wien
Rektor Univ.-Prof. Mag. Dr. Christoph Badelt

Universität Linz
Rektor Univ.-Prof. Dipl.-Ing. Dr. Richard Hagelauer

Universität Klagenfurt
Rektor Univ.-Prof. Dr. Oliver Vitouch

Akademie der bildenden Künste Wien
Rektorin Mag.^a Eva Blimlinger

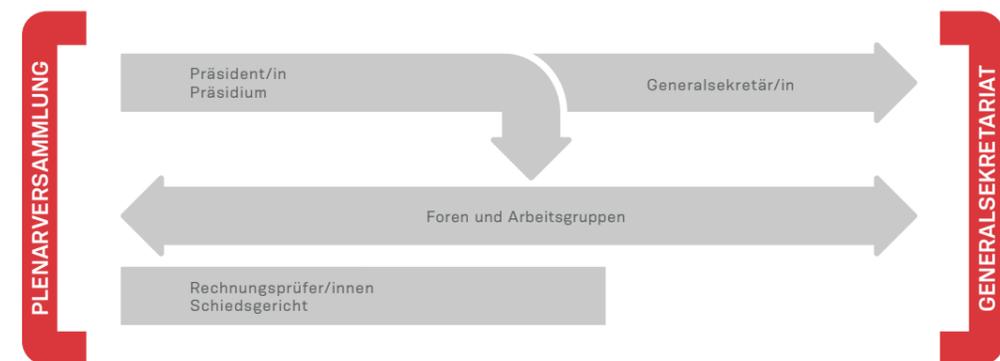
Universität für angewandte Kunst Wien
Rektor Dr. Gerald Bast

Universität für Musik und darstellende Kunst Wien
Rektor Univ.-Prof. Mag. Dr. Werner Hasitschka

Universität Mozarteum Salzburg
Rektor Univ.-Prof. Reinhart von Gutzeit
ab 1. Oktober: Rektor Univ.-Prof. Dr. Siegfried Mauser

Universität für Musik und darstellende Kunst Graz
Geschäftsführender Vizerektor
Univ.-Prof. Mag. Dipl.-Ing. Dr. Robert Höldrich
ab 1. Oktober: Rektorin Dr.in Elisabeth Freismuth

Universität für künstlerische
und industrielle Gestaltung Linz
Rektor Univ.-Prof. Dr. Reinhard Kannonier



FOREN

Foren sind Plattformen zur Kommunikation und Koordination zwischen den Mitgliedern der Rektorate in fünf Fachbereichen:

BUDGET UND RESSOURCEN

Vorsitz:
Vizerektor Mag. Dr. Franz Wurm
Medizinische Universität Wien

Arbeitsplattform:
IUF – Infrastruktur und Facility Management

Subarbeitsgruppen:
Berichtswesen (Wissensbilanz)
CAFM (Computer-Assisted Facility Management)
Public Corporate Governance Kodex
Steuerradar

INTERNATIONALES

Vorsitz:
Vizerektor Univ.-Prof. Dr. Heinz Faßmann
Universität Wien

Subarbeitsgruppe:
Forum Fremdenrecht

PERSONAL

Vorsitz:
Rektor Univ.-Prof. Dr. Wolfgang Schütz
Medizinische Universität Wien

FORSCHUNG UND ERSCHLIESSUNG DER KÜNSTE

Vorsitz:
Vizerektorin Univ.-Prof. Dr.in Gabriele Anderst-Kotsis
Universität Linz

Subarbeitsgruppe:
IPR (Intellectual Property Rights)
Doktorat (mit Forum Lehre)

LEHRE

Vorsitz:
Vizerektor Univ.-Prof. Mag. Dr. Martin Polaschek
Universität Graz

Subarbeitsgruppen:
STEOP Neu (Studieneingangs- und Orientierungsphase)
Neue Aufnahmeverfahren
Tagung Plagiat
Doktorat (mit Forum Forschung)

Task-Forces:
Lehramt
Universitäre Weiterbildung

Task-Force Gender & Diversity

Vorsitz:
Vizerektorin Univ.-Prof. Dr.in Karin Gutiérrez-Lobos
Medizinische Universität Wien

Subarbeitsgruppe:
Dual Career

AG Medien

Vorsitz:
Rektor Univ.-Prof. Dr. Heinrich Schmidinger
Universität Salzburg

AG Quality Audit AG Urheberrecht

Vorsitz:
Generalsekretärin Mag.^a Elisabeth Fiorioli
Österreichische Universitätenkonferenz

DACHVERBAND DER UNIVERSITÄTEN

Die Österreichische Universitätenkonferenz betreut auch den Dachverband der Universitäten. Dieser ist auf Arbeitgeberseite kollektivvertragsfähig.

Vorsitz:

Rektor Univ.-Prof. Dr. Wolfgang Schütz
Medizinische Universität Wien

ARBEITSGRUPPEN

Arbeitsgruppen dienen der Behandlung spezifischer Anliegen bestimmter Typen von Universitäten:

KUNSTUNIVERSITÄTEN

Sprecher:

Rektor Dr. Gerald Bast
Universität für angewandte Kunst Wien

MEDIZINISCHE UNIVERSITÄTEN

Sprecher:

Rektor Univ.-Prof. Dr. Wolfgang Schütz
Medizinische Universität Wien

TERMINE DER PLENARVERSAMMLUNGEN 2014

- 48. ordentliche Plenarversammlung**
am 24. Feber 2014
Wirtschaftsuniversität Wien
- 49. ordentliche Plenarversammlung**
am 28. April 2014
Technische Universität Wien
- 50. ordentliche Plenarversammlung**
am 23. Juni 2014
Montanuniversität Leoben
- 51. ordentliche Plenarversammlung**
am 13. Oktober 2014
Universität Graz
- 52. ordentliche Plenarversammlung**
am 15. Dezember 2014
Universität für Bodenkultur Wien

AKTIVITÄTEN DER uniko IN ZAHLEN 2014

Plenarversammlungen (inkl. Strategieklausur)	6
Präsidiumssitzungen	10
Sitzungen der Foren und (Sub-)Arbeitsgruppen (inkl. Dachverband der Universitäten)	58
Tagungen, die von der uniko (mit)veranstaltet wurden	12
Vertretung in nationalen Gremien (durch Generalsekretariat)	32
Pressekonferenzen/Pressegespräche	6
Presseaussendungen	27
Newsletter	9
Offizielle Stellungnahmen	9

VEREIN ZUR FÖRDERUNG DER UNIVERSITÄTENKONFERENZ

Vorstand:

Präsident

Generaldirektor Dr. Walter Rothensteiner

Stellvertreter des Präsidenten

Rektor Univ.-Prof. Dr. Heinrich Schmidinger

Schriftführer

Univ.-Prof. Dr. Manfred Welan

Kassier

Dr. Gerhard Riemer



Elisabeth FIORIOLI
Mag.^a
Generalsekretärin



Doris SCHÖBERL
Mag.^a
Stellvertr. Generalsekretärin
Rechtsfragen, Dachverband



David BALDINGER
Mag.
Medienprojekte
und Social Media



Andrea BERNHARD
Dr.ⁱⁿ
bis Ende Feber: Bologna,
Lehre, Hochschulbildung



Manfred KADI
Öffentlichkeitsarbeit



Wolfgang NEDOBITY
Mag.
Forschung,
bis Ende September: Budget



Gerda PRIESSNITZ
Organisation



Angelika SCHOLZ
Mag.^a
Redaktion uniko-PEDIA,
ab Oktober: Budget



Nadine SHOVIKAR
MMag.^a
Internationales



Elisabeth WESTPHAL
Mag.^a
karenziert, ab März:
Bologna-Prozess, Lehre,
Hochschulbildung in Europa



Sylwia KRUL
Sekretariat

Werte schaffen.

**Wissen, woher man kommt, führt
zum Wissen, wohin man will.**

Solidarität, Hilfe zur Selbsthilfe und Nachhaltigkeit sind die Prinzipien, auf die Raiffeisen seit mehr als 125 Jahren baut. Und gerade in einer Welt voller Veränderungen sind es diese Werte, die das Fundament für eine erfolgreiche Zukunft bilden. www.rzb.at